

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 7/2022



Bundesstiftung Aufarbeitung – Internationaler Tag der Demokratie

Härtefallfonds für Verfolgte der SED-Diktatur verdoppelt

Verfolgte der SED-Diktatur von Altersarmut bedroht

Sowjetischer Völkermord in der Ukraine

Aktuell

- 3 Veranstaltungen – Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Leipzig
Veranstaltungen – Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden
Veranstaltungen – Stasi-Unterlagen-Archiv Rostock
- 4 Bundesstiftung Aufarbeitung – Internationaler Tag der Demokratie
Neue BAB-Reihe „Mein Kiez“ startete im August

Recht

- 5 Härtefallfonds für Verfolgte der SED-Diktatur verdoppelt
Das Rentenüberleitungsgesetz von 1992

Aufarbeitung

- 7 Trotzig lächeln und das Weltall streicheln.
Mein Leben in Geschichten
- 8 Gehört Lenin auf den Scheiterhaufen der Geschichte?
Verfolgte der SED-Diktatur von Altersarmut bedroht
- 9 „Reifeprüfung“
- 10 REWE verharmlost die SED-Diktatur
Der 17. Juni (1953) 2022 – Ein Kommentar

Berichte

- 11 Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße – „Unser Leid ist nicht vergessen“
Gedenken an die Inhaftierten des Gefängnisses Leistikowstraße
- 12 Gedenkveranstaltung an der Berliner Mauer am 13. August 2022
Eingesperrt im eigenen Land

Geschichte

- 13 Arno Groß und Heinrich Schulz – Aufrechter Gang und falsche Freunde

Verbände

- 14 Zeitzeugenaufwurf Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg
- 15 Zeitzeugen gesucht – Patienten der DDR-Psychotherapie im Forschungsprojekt „Seelenarbeit im Sozialismus“
Zeitzeugen gesucht – Hammer – Zirkel – Stacheldraht
Ankündigung UOKG
- 16 UOKG widerspricht Kritik der Vereinigung 17. Juni
- 17 AG Lager Sachsenhausen 1945–50 e.V. – Vorstand im Amt bestätigt!
Leserzuschrift zum Stacheldraht-Artikel „Ehemaliges Zuchthaus Cottbus – Neue Geschäftsführerin“, 6/2022
- 18 Bundesverdienstkreuz für Kamerad Dr. Bernd Müller-Kaller von der VOS-Sachsen

Service/Bücher

- 19 Dann sind wir Helden
Bücher kostenlos abzugeben
- 20 Alles, was wir nicht erinnern –
Zu Fuß auf dem Fluchtweg meines Vaters
Gescheiterte Flucht über die Ostsee –
Roman über DDR-Zwangsadoptionen
- 22 Ihr wart doch meine Feinde
Leander Haußmanns „Stasikomödie“
- 23 Wohn-Haft

Umschlagbild

Berliner Mauer – Gedenkstätte
Bernauer Straße/Stiftung Berliner Mauer

Foto: Pietzsch

Mahnmal Gartenstraße

Vor wenigen Tagen erreichte uns die Nachricht, die UOKG, dass das BKM und das Land Berlin sich auf die Gartenstraße als Standort für das Mahnmal für die Opfer des Kommunismus geeinigt hätten. Die Einigung auf den Standort Gartenstraße widerspricht dem aktuellen Beschluss im Deutschen Bundestag vom 17. März 2022, der die Bundesregierung dazu auffordert „die Suche nach einem Standort für das Mahnmal in zentraler Lage in Berlin weiter voranzubringen und hierbei die Kriterien für die Standortwahl einzubeziehen, die der Ausschuss für Kultur und Medien des 19. Deutschen Bundestages in seiner Sitzung am 09. Juni 2021 in einer Protokollerklärung beschlossen hat“.

Die Protokollerklärung des Ausschusses für Kultur und Medien vom 09. Juni 2021 spricht sich eindeutig gegen den Standort Gartenstraße aus: „Die Koalitionsfraktionen schließen sich ausdrücklich der Einschätzung der UOKG an, dass die deutliche Sichtbarkeit, die inhaltliche Eigenständigkeit und die Erreichbarkeit des Mahnmals am Standort in der Scheidemannstraße optimal sind. Daher ist die-

ser Standort bei den künftigen Planungen deutlich zu präferieren.“

Der Beirat „Mahnmal“, die UOKG und die Bundesstiftung Aufarbeitung haben das Grundstück Gartenstraße nicht nur einhellig als ungeeignet eingeschätzt, sondern halten den Standort für ein nationales Mahnmal für die Opfer des Kommunismus in Deutschland schlicht für unwürdig. Das Denkmal wäre nicht sichtbar, da es im Schatten der unter Denkmalschutz stehenden Hinterlandmauer läge und dahinter der Gewerbehof der Bernauer Straße wäre. Zudem würde das Mahnmal zu einem Anhang der Gedenkstätte Berliner Mauer in der Bernauer Straße werden und so die Opfer des Kommunismus in der öffentlichen Wahrnehmung zwangsläufig auf die Opfer der Mauer und des SED-Grenzregimes reduzieren. Die Stiftung Berliner Mauer, die Eigentümerin des betreffenden Grundstücks ist, hat zudem in einem Gutachten festgestellt, dass dieses Grundstück wegen der „Hinterlandlage“ nicht geeignet ist.

Ihr Dieter Dombrowski,
Vorsitzender UOKG

Veranstaltungen – Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Leipzig

Nacht der offenen Tür

Im Rahmen des Veranstaltungsprogramms „09. Oktober 2022“ der Initiative „Tag der Friedlichen Revolution – Leipzig 09. Oktober 1989“

Zeit: Sonntag, 09. Oktober 2022, 19–23 Uhr

Titel: Einblicke in das Stasi-Unterlagen-Archiv

Programm

20.00/21.30 Uhr: Führung durch das Stasi-Unterlagen-Archiv, nonstop Multimediainstallationen, Filme, Ausstellungen, Musterakten, Antragsannahme
Veranstalter: Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Leipzig
Mitveranstalter: Museum in der „Runden Ecke“

Öffentliche Führung

Zeit: Mittwoch, 26. Oktober 2022, 11 Uhr

Titel: Einer Diktatur auf der Spur
Unterwegs im Stasi-Unterlagen-Archiv

Dauerausstellung

Titel: Überwachen. Verängstigen. Verfolgen. Die Stasi.
Die Geheimpolizei der DDR.

Öffnungszeiten: Mo.–Fr. 8–18 Uhr
Sa./So./Feiertag 10–18 Uhr

Archivpräsentationen

Titel: Gruftis, Punks & Co. Alternative Jugend im Visier der Stasi

Dauer: 01. Juni bis 31. Dezember 2022
Öffnungszeiten: Mo.–Fr. 8–18 Uhr
Sa./So./Feiertag 10–18 Uhr

Titel: Tage der Entscheidung – Leipzig im Herbst 1989

Dauer: 07. Oktober bis 31. Dezember 2022

Öffnungszeiten: Mo.–Fr. 8–18 Uhr
Sa./So./ Feiertag 10–18 Uhr

Bundesarchiv
Stasi-Unterlagen-Archiv Leipzig

Dittrichring 24
04109 Leipzig

Telefon: 0341 2247-3211

Fax: 0341 2247-3219

E-Mail:
leipzig.stasiunterlagenarchiv@
bundesarchiv.de

Internet:
www.stasi-unterlagen-archiv.de



Veranstaltungen – Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden

Vom **30. September bis 23. Oktober 2022** ist das Societaetstheater in der Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden zu Gast. Auf dem Programm stehen „Wolokolamsker Chaussee“ von Heiner Müller und „Metropol“ nach dem Roman von Eugen Ruge. Heiner Müller schrieb sein Stück in den 1980er Jahren angesichts der untergehenden DDR.

Der Roman von Eugen Ruge erschien 2019. Wie bereits der Vorgängerroman und Bestseller „In Zeiten des abnehmenden Lichts“, der 2011 erschien und der den Deutschen Buchpreis gewann, hat auch „Metropol“ einen autobiografischen Hintergrund.

Gemeinsam mit der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt veranstaltet die **Dokumentationsstelle Dresden der Stiftung Sächsische Gedenkstätten am 12. Oktober 2022** in der Gedenkstätte Bautzner Straße den Fachworkshop „Sowjetische Militärtribunale (SMT) und Sicherheitsorgane in der SBZ/DDR und Österreich“. Anmeldeschluss für den Fachworkshop war der 31. August 2022

FÜHRUNGEN

Montags 14 Uhr (3 € + Eintrittspreis)
Am ersten Sonntag des Monats, 11 Uhr (nur Eintrittspreis).
Für die öffentlichen Führungen ist keine Reservierung nötig.

AUSSTELLUNG

11. April bis 02. Oktober 2022 – Vertriebenes Gedächtnis, Plakatausstellung und Zeitzeugenberichte im Foyer der Gedenkstätte

Das aktuelle Veranstaltungsprogramm finden Interessierte auf der Homepage der Gedenkstätte www.stasihaft-dresden.de

Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden
Bautzner Straße 112a

01099 Dresden

Telefon: +49 351 899 60 442

E-Mail: christine.buecher@denk-mal-dresden.de

Home: www.stasihaft-dresden.de



Flüchtlinge 1945

Quelle: Wikimedia Commons, Bundesarchiv, Bild 146-1985-021-09. Fotograf*in: Unbekannt. Lizenz: CC-BY-SA 3.0.

Veranstaltungen – Stasi-Unterlagen-Archiv Rostock

Di. 06. September 2022, 15.00 Uhr

Öffentliche Führung
Einer Diktatur auf der Spur
Unterwegs im Stasi-Unterlagen-Archiv
Bundesarchiv/Stasi-Unterlagen-Archiv
Rostock
Straße der Demokratie 2
18196 Waldeck-Dummerstorf

**Mi. 07. September 2022,
13.00 – 17.00 Uhr**

Bürgerberatung
Wie kann ich meine Stasi-Akte einsehen?

Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaft der Staatssicherheit Rostock (DuG)
Grüner Weg 5
18055 Rostock
(Angebot in Kooperation mit der LpB M-V/DuG)

Die Veranstaltungen finden gemäß den aktuell geltenden Auflagen zum Infektionsschutz statt.

Änderungen vorbehalten!



Bundesstiftung Aufarbeitung – Internationaler Tag der Demokratie

Für Donnerstag, den 15. September 2022, laden wir ganz herzlich zu unserer Veranstaltung „Wir müssen reden!“ um 18:00 Uhr in die Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstraße 5 in 10117 Berlin-Mitte ein.


Der Publizist Albrecht von Lucke und die FDP-Bundestagsabgeordnete Linda Teuteberg werden mit Moderatorin Nana Brink und dem Publikum darüber spre-

chen, warum viele Debatten der vergangenen Jahre vermehrt durch Zuspitzungen und extreme Meinungsäußerungen geprägt sind.

Ausführlichere Informationen zur Veranstaltung sowie den Flyer

finden Sie hier: <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/veranstaltungen/tag-der-demokratie-2022-wir-muessen-reden>

Bereits 2007 ist der 15. September von den Vereinten Nationen zum Internationalen Tag der Demokratie ausgerufen worden, an dem alljährlich an die Prinzipien der Demokratie erinnert wird. Mit unserer Veranstaltungsreihe „Wir müssen reden!“ wollen auch wir dazu beitragen, unsere Demokratie lebendig zu halten und zu stärken.

Eine Anmeldung zur Veranstaltung ist nicht erforderlich, der Eintritt ist frei. 

Neue BAB-Reihe „Mein Kiez“ startete im August

Auf der Suche nach Spuren von Teilung und SED-Diktatur im Kiez.

Die neue Veranstaltungsreihe „Mein Kiez. Geschichte(n) des geteilten Berlins“ des Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB) startete Donnerstag, den 18. August 2022.

Der Auftakt fand im Lichtenberger Kiez Fennpfuhl statt, wo die Behörde seit 2019 ihren Sitz hat. Im Fennpfuhl entstand vor 50 Jahren Ost-Berlins erste zusammenhängende Plattenbausiedlung. Das Quartier für mehr als 50.000 Menschen bot Wohnungen mit Bad und Fernheizung, ein in der DDR nicht selbstverständlicher Komfort. Zum sozialistischen Wohnkomplex gehörten Dienstleistungszentren sowie Kindergärten und Schulen. Dahinter steckte eine klare politisch-ideologische Zielsetzung: Der Wohnungsbau sollte die „entwickelte sozialistische Gesellschaft“ mit „sozialistischer Lebensweise“ fördern, aber auch dem eklatanten Wohnungsmangel in der DDR abhelfen. Das Wohnquartier am Fennpfuhl passte da gut in die neue Herrschaftsstrategie der SED.

Auf dem VIII. Parteitag der SED 1971 hatte der SED-Parteichef, Erich Honecker, verkündet: Die Grundbedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger sollten befriedigt werden. Im Gegenzug erwartete das SED-Regime Loyalität. Zentraler Bestandteil der neuen Politik war der Wohnungsbau. Bis zum Ende der DDR blieben gut ausgestattete Wohnungen jedoch Mangelware. Der Staat entschied, wer die neuen Wohnungen beziehen durfte und nutzte dieses Mittel auch als politisches Druckmittel, um angepasstes „Wohlverhalten“ zu erzeugen.

Für die erste Etappe der Reihe „Mein Kiez“ im Fennpfuhl hatte der BAB für August bereits mehrere kostenlose Kiezführungen, eine Abendveranstaltung und eine Fotoausstellung geplant. Im Rahmen der Veranstaltungen werden historische Fotos aus dem Fennpfuhl präsentiert, die Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteils zur Verfügung gestellt haben. Eine Auswahl der Bilder wird in einer Fensterausstellung am Eingang zum BAB-Veranstaltungsbereich auf der Fußgängerbrücke, Franz-Jacob-Str. 4 B, rund um die Uhr zu sehen sein.

Informationen zu weiteren geplanten Führungen und Veranstaltungen

Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Telefon (030) 24 07 92-33, Telefax (030) 24 07 92-99, Franz-Jacob-Str. 4 B, 10369 Berlin, Mail: presse@aufarbeitung-berlin.de, Internet: www.aufarbeitung-berlin.de

Treffpunkte: Roederplatz, Herzbergstraße Ecke Weißenseer Weg (vor dem City Point Center)


Anmeldung: veranstaltungen@aufarbeitung-berlin.de

Die Diskussionsrunden mit Publikumsbeteiligung finden im Veranstaltungsbereich des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten statt: Franz-Jacob-Str. 4B (1. OG), 10369 Berlin.

Für die Abendveranstaltung und die Kiezführungen ist wegen der begrenzten Platzkapazitäten eine vorherige Anmeldung unter veranstaltungen@aufarbeitung-berlin.de erforderlich.

Es besteht im Veranstaltungsbereich des BAB durchgängig die Pflicht zum Tragen einer FFP2-Maske. Wir verweisen darüber hinaus auf §6 der aktuellen Corona-Regelungen des Landes Berlin (Pflicht zur Absonderung im Falle eines positiven Corona-Tests).

Mit der Reihe „Mein Kiez. Geschichte(n) des geteilten Berlins“ nimmt der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte den Alltag in Ost- und West-Berlin in den Blick. Welche Spuren die SED-Diktatur und die Teilung der Stadt im jeweiligen Quartier hinterließen, soll in der Reihe „Mein Kiez“ deutlich werden.

Die nächste Etappe von „Mein Kiez. Geschichte(n) des geteilten Berlins“ ist für Oktober in Prenzlauer Berg geplant. Die Reihe wird in den kommenden Jahren in anderen Stadtteilen fortgesetzt. Pressekontakt: Cecilia Reible 

Umzug, Lieferadresse, Änderungen?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, E-Mail: der-stacheldraht@uokg.de, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

Härtefallfonds für Verfolgte der SED-Diktatur verdoppelt

Im Jahr 2022 stellt das Land Berlin 200.000 Euro zur Verfügung. Interessierte können sich beim BAB melden.

Berlin, 05. Juli 2022 – Der Berliner Beauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB) nimmt ab sofort wieder Anmeldungen für eine Unterstützung aus dem Härtefallfonds entgegen. Mit der Verabschiedung des Berliner Landeshaushalts stehen 200.000 Euro für das Jahr 2022 bereit, doppelt so viel wie im vergangenen Jahr. 2021 überstieg der Bedarf an Hilfeleistungen aus dem Härtefallfonds die zur Verfügung stehenden Mittel bei weitem, sodass der Fonds bereits im Herbst ausgeschöpft war. Deshalb ist der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte Tom Sello froh, dass Bedürftigen nun wieder geholfen werden kann: „Die Menschen, die in der DDR politisch verfolgt und inhaftiert wurden, sind heute häufig Erwerbsminderungsrentner oder Empfänger von Grundsicherung. Es ist unsere


gesellschaftliche Verantwortung, ihnen zu helfen.“

Verfolgte der SED-Diktatur mit Wohnsitz in Berlin, die sich aktuell in einer besonderen wirtschaftlichen Notlage befinden, können beim BAB individuelle Beratung und Hilfe bei der Antragstellung bekommen. Voraussetzung ist, dass sie rehabilitiert sind. Sollte noch keine Rehabilitation vorliegen, besteht die Möglichkeit der Beratung.

Der Härtefallfonds soll einmalige finanzielle Hilfe leisten, wenn keine sonstigen staatlichen Unterstützungssysteme greifen. Hilfe kann zum Beispiel gewährt werden für medizinische Maßnahmen, die Schaffung und den Erhalt von selbstbestimmten Wohn-

und Lebensmöglichkeiten, Kommunikationshilfen, technische Alltagshilfen, die Verbesserung der Mobilität oder für Aus- und Fortbildungen. Laufende Kosten können aus dem Härtefallfonds nicht abgedeckt werden.

Die Grundsätze für die Gewährung von Unterstützungsleistungen aus dem Härtefallfonds sind in einer Richtlinie festgelegt. Die Härtefall-Richtlinie steht online als Download zur Verfügung. Über die Vergabe der Hilfen entscheidet der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte Tom Sello unter Mitwirkung eines Beirats.

Die Beratung zum Härtefallfonds ist unter (030) 24 07 92 62 oder per E-Mail unter haertefall@aufarbeitung-berlin.de zu erreichen. 

Das Rentenüberleitungsgesetz von 1992

Beschwerde über die Nichteinhaltung der Festlegungen zum Rentenrecht in den beiden Staatsverträgen mit der DDR vom 26.06.2018 – was wurde daraus?

Text der Petition

Der Deutsche Bundestag möge beschließen, den früheren DDR-Flüchtlingen und Übersiedlern, die vor den beiden Staatsverträgen mit der damaligen DDR bereits als Bundesbürger integriert worden waren, die materiellen und immateriellen Nachteile auszugleichen, die ihnen in Folge der Rechtsangleichung der DDR erwachsen sind.

Die Einbeziehung der bereits integrierten früheren DDR-Flüchtlinge in den Personenkreis des Beitrittsgebietes verstößt gegen mehrere Artikel des Grundgesetzes.

Begründung der Beschwerde über die Nichteinhaltung der Festlegungen zum Rentenrecht in den beiden Staatsverträgen mit der DDR

Beschwerdeführer sind die Union der Opfer Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V., die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. und die Interessen-

gemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V.

Seit Jahren ist die Flüchtlingspolitik das große Thema der Öffentlichkeit. Dabei geht es zumeist um Migration aus nicht-europäischen Regionen. Kaum jemand erinnert sich daran, dass in der Zeit der deutschen Teilung eine deutsch-deutsche Flüchtlingsbewegung stattgefunden hat. Flucht und Ausreise hatten die DDR kontinuierlich und wirkungsmächtig destabilisiert. Dieser Prozess war die Initialzündung zum Fall der Mauer und ebnete den Weg für die Wiedervereinigung.

Während der Teilung Deutschlands waren die DDR-Flüchtlinge mit ihrer guten Qualifikation und ausgeprägten Motivation willkommene Arbeitskräfte. Ohne dass für sie eine gezielte Willkommenskultur entwickelt wurde, haben sie sich selbst problemlos eingegliedert.

Unter Berufung auf die Wiedervereinigung wurden sie von der Bundesregierung später rechtlich so gestellt, als

wären sie zum Zeitpunkt des Beitritts der DDR noch Bürger des Beitrittsgebietes gewesen, obwohl sie bereits seit langem unter der altbundesdeutschen Rechtsordnung in der altbundesdeutschen Zivilgesellschaft beheimatet waren.

Die rückwirkende Zuordnung zum Beitrittsgebiet ist durch keinen gesetzgeberischen Akt legitimiert. Die Folge ist, dass der DDR-Flüchtling infolge seiner Flucht im Rentenrecht schlechter gestellt ist, als wäre er in der DDR geblieben. Diese Praxis widerspricht Buchstaben und Geist der beiden Staatsverträge mit der damaligen DDR, in denen eine klare Abgrenzung zwischen Bundesrecht und DDR-Recht, das in Bundesrecht zu überführen war, vorgenommen wurde. Die DDR-Flüchtlinge unterstanden mit ihrer Eingliederung nicht mehr DDR-Recht. Sie besaßen keine DDR-Rechtspositionen mehr, die zu überführen gewesen wären.

In der bundesdeutschen Rechtsgeschichte ist kein Fall bekannt, in dem rückwir-



kende Rechtsänderungen eines solchen Ausmaßes zum Nachteil einer konkreten Personengruppe vorgenommen wurden. Mehrere Grundgesetzartikel stehen dem entgegen. Mit allen zugänglichen einschlägigen amtlichen Dokumenten zum Beitritt der DDR (Bundestag, Bundesrat, Bundesregierung) weisen die Petenten nach, dass die rückwirkende Umwidmung der Überleitungsgesetze durch Exekutive und Judikative willkürlich und rechtsstaatlich unzulässig ist.

Der komplette Text der Beschwerde ist unter Pet. 3-19-11-8222-006233 registriert und wurde am 06. Juni 2018 dem Vorsitzenden des Petitionsausschusses von Vertretern der Petentengemeinschaft persönlich übergeben.

In der Suche von Google: PETITION 81823.

Im Internet zu finden unter https://petitionen.bundestag.de/content/petitionen/_2018/_06/_26/Petition_81823.html

Was wurde daraus?

Um es vorweg zu nehmen, nach meinem aktuellen Kenntnisstand, nichts! Bis zum 14.08.2018 zeichneten 829 Bürger die Online-Petition. Die Anzahl der Offline-Mitzeichner betrug 102 Personen. Das Quorum für eine konkrete Auseinandersetzung im Bundestag wurde somit nicht erreicht.

Einmal abgesehen davon, dass nur wenige Bürger die Petition zeichneten, die Größenordnung tatsächlich Betroffener bildete und bildet das nicht ab, bis heute. Nach dem Bau der Berliner Mauer und der damit verbundenen Abriegelung von West-Berlin sollen bis Ende 1988 rund 625.000 Menschen die DDR auf verschiedensten Wegen verlassen haben. All jene fielen unter das damals geltende Fremdrentengesetz (FRG) der BRD. Das beinhaltete, dass alle Deutschen, auch Spätaussiedler, die in der Bundesrepublik lebten und aus Drittstaaten in die Bundesrepublik übersiedelten, was die ehemaligen DDR-Bürger ausdrücklich einschloss, ihre jeweiligen Rentenansprüche nach dem FRG der Bundesrepublik in Anspruch nehmen konnten und sollten. Zumindest bis Mai 1990. Es traf auf all jene zu, die bis zum Stichtag 18. Mai 1990 die DDR verlassen hatten. Allein bis zum 03. Oktober 1989 verließen noch einmal rund 160.000 Menschen die DDR Richtung alte Bundesrepublik. Für 1990 gibt es keine verlässlichen Zahlen. (Vgl. Henning Pietzsch: Der „Weiße Kreis“ in Jena, in Ansoerge, Gehrke, Klein, Kneipp (Hg): Das Land ist still – noch! Böhlau-Verlag 2009, S. 291 ff).

Die Zahl der Betroffenen, die nun im Rahmen des Rentenüberleitungsgesetzes vom August 1992 gegenüber ihren bis dahin gültigen Ansprüchen aus dem FRG Rentenansprüche verloren, kann im Jahr 2022 auf mindestens noch rund eine halbe Million Bürger geschätzt werden, wenn man berücksichtigt, dass in der Zwischenzeit viele Ältere verstorben sind. Eine halbe Million Menschen, deren Rentenansprüche aus der Zeit der alten Bundesrepublik nach der Zeit nach Flucht, Ausreise, Freikauf, Abschiebung oder Ausbürgerung nachträglich im Jahr 1992 rückwirkend gestrichen wurden.

Das Pikante daran, das neue Rentenüberleitungsgesetz trat am Tag der Deutschen Einheit 1992 in Kraft. Es folgten zahllose Rechtsstreite. Aber nicht wegen des Wegfalls des FRG für Flüchtlinge, Übersiedler, Freigekaufte und Ausgebürgerte. Es waren Rechtsstreite über Rentenbezüge für ehemalige Staatsdiener der DDR oder über in der DDR erworbene Zusatzrenten bzw. Anerkennung spezieller Berufsgruppen für höhere Rentenbezüge.

Ein Kommentar im Bereich der Petition sieht das so: „Die Fluchtbewegung aus der DDR war ein entscheidender Indikator für die Zustände in der real exis-

tierenden DDR. Der von der Politik favorisierte „Wandel durch Annäherung“ war dazu angelegt, die Existenz zweier deutsche Staaten festzuschreiben. Der „Wandel durch Abwanderung“ hingegen entwickelte sich zum Gegenmodell. Die deutsch-deutsche Flüchtlingsgeneration gilt unter Historikern als Vorläuferin der Bürgerbewegung der DDR, die erst in den späten 80-er Jahren zu einer nennenswerten Kraft heranwachsen konnte.

Dass die DDR zusammenbrach, die Wiedervereinigung möglich wurde, ist nicht zuletzt das Verdienst derer, die den Mut hatten, der DDR demonstrativ den Rücken zu kehren. Nachdem die Einheit Deutschlands erreicht war, müssen die ehemaligen DDR-Flüchtlinge feststellen, dass ihnen ihre in der DDR geübte Widerständigkeit in der wiedervereinigten Bundesrepublik Deutschland vorgehalten wird. Unter Berufung auf die Wiedervereinigung werden sie rückwirkend regelrecht bestraft.“

Bei aller berechtigten Klage. Der wohl einmalige Vorgang einer rückwirkenden Gesetzesänderung zum Nachteil vieler Menschen kann aus historischer Perspektive nur zum Teil die komplexen rechtlichen und politischen Hintergründe erklären oder gar korrekt beschreiben. Offen bleibt, ob die Bundesrepublik sich nach den letzten Änderungen des Rentenrechts, wonach die Renten zwischen den alten und neuen Bundesländern bis 2025 quasi angeglichen werden sollen, überhaupt noch einmal mit dem Thema befassen wird. Das ändert nichts an der Tatsache, dass es durch das Rentenüberleitungsgesetz von 1992 viele Verlierer gab und gibt.

Zur aktuellen Rechtsdiskussion empfehle ich den Beitrag der Rechtsanwältin Norbert Geis/Natalie Kowalczyk: „Die deutsche Teilung und der rechtswidrige Wegfall des Rentenanspruchs der Flüchtlinge und Übersiedler. In: Neue Justiz (NJ), Zeitschrift für Rechtsentwicklung und Rechtsprechung 7/22, S. 289–336.

Google: Die deutsche Teilung und der rechtswidrige Wegfall des Rentenanspruchs der Flüchtlinge und Übersiedler

Direktlink Internet unter: https://www.neue-justiz.nomos.de/fileadmin/neue-justiz/doc/2022/Aufsatz_NJ_2022_07.pdf

Dr. Henning Pietzsch

Die Natur der Akten, fast eine Bescherung

Der BuBe und der LaBe – sie trinken fleißig Tee. Einen ganzen See.
Sagt der BuBe zu dem LaBe:
ich versteh nicht, was ich seh.
Sagt der LaBe zu dem BuBe:
ich weiß nicht, wohin ich geh.
Beide nippen weiter Tee
und summen: Akten Fakten,
Fakten Akten, alles Schnee.
Es taucht auf und flieht: ein Reg.

BuBe – Bundesbeauftragter
LaBe – Landesbeauftragter

Lutz Rathenow: Maskierungszärtlichkeiten, Dresdner Gedichte, edition petit 2021, ISBN: 978-3-941209-72-5

Trotzig lächeln und das Weltall streicheln. Mein Leben in Geschichten

Es war einmal kein Märchen. Neun Monate lang war der Schriftsteller Jürgen Fuchs in Untersuchungshaft. Seine Frau wurde in dieser Zeit stets von Beschaltern begleitet. Jeder, der sie in Jena ansprach oder nur grüßte, wurde dann ebenfalls kontrolliert und erfasst.

Für Lilo

Ein beschreibenswertes Phänomen: die Hartnäckigkeit der Verehrer der Frau eines Freundes. Schon wenn L., aus Berlin kommend, den Zug verlässt, folgen sie ihr in einer Weise, für die man das Attribut „unauffällig“ zu gebrauchen sich scheut, falls sie nicht ohnehin auch schon während der Fahrt die Nähe von L. nicht missen wollten. Selten sind es weniger als drei, gelegentlich mehr als fünf.

Sonderlich attraktiv kann man jene Herren nicht nennen, außer wenn man dem Reiz einer gewissen Stupidität zugänglich ist. Aber die Ausdauer verdient Hochachtung, mit der sie dem Gegenstand ihrer Verehrung hinterher sind (den Begriff „Gegenstand“ würden sie ohne ironische Distanz verwenden). Sie folgen zu Fuß, per Auto, einmal auch mit dem Klappfahrrad. Die Eifrigen kommen bis vor die Haustür, bleiben dort sitzen, bis sie von genauso Eifrigen abgelöst werden, die ihrerseits nach Stunden wiederum den Platz räumen müssen. Es herrscht also Andrang und die noch Eifrigeren können es nicht unterlassen, sogar in dem aus der Wohnung getragenen Abfall nach Zeichen zu suchen. Dennoch sollen die Entbehrungen jener Selbstlosigkeit nicht übertrieben werden, auf gewisse Annehmlichkeiten möchte man (es sind immer Männer) durchaus nicht verzichten – der Fernseher und zwei Klappstühle zum Beispiel, die zu Weihnachten die Zeit des Wartens vor der Familienwohnung verkürzten. Andererseits wäre es unbillig, den Heroismus dieser Beharrlichkeit aus Neigung durch profane Faktenschilderung in Frage stellen zu wollen. Allein die Mühe, die das stete Auf-Entfernung-Bleiben bereitet, verdient Erwähnung – nur wenn die Dichte der Fußgänger den Blick zu verbarrikadieren droht, gesellen sich die Verehrer direkt an die Seite von L., ohne dabei das übliche Maß an Diskretion zu verletzen. So bleibt undenkbar, die lebenswürdig behelligte Frau etwa

anzusprechen. Jene von all der Ausdauer Betroffene versuchte mehrfach, ihre Mitläufer zu einem Gespräch zu animieren, das (abgesehen von wenigen stereotypen Wendungen) nicht zustande kam. Dies als extremen Ausdruck von Schüchternheit anzusehen, mag anderen vorbehalten bleiben, auch es als normalen Ausdruck der Sprachlosigkeit zu deuten. Belegbar ist die Eifersucht der Herren auf jeden potentiellen Gesprächspartner, ja, auf jeden, der nur einen kurzen Wortwechsel mit L. sucht. Eins auf die Schnauze und dann in die Eier, mögen die Leidenschaftlicheren denken, aber sagen tun sie das nicht, da beherrschen sie sich und halten sich zurück. Zwar nicht so, dass man den Aufenthaltsort als „Hintergrund“ bezeichnen könnte, das ein oder andere Gespräch kommt immerhin zustande.

Diese Minuten, in denen L. nicht ausschließlich von ihren stummen Begleitern umgeben wird, bedeutet für diese sicher eine qualvolle Probe ihrer Geduld, die sie nicht ohne eine kleine Rache danach bestehen möchten. Diese zeigt sich im zeitweiligen Festhalten und Notieren der Personalien jedweder Konkurrenz. Bei der an sich lieblosen Einschüchterung ist natürlich die ausgesuchte Höflichkeit zu berücksichtigen, mit der Personenvermerkungen vorgenommen wird. Auch bleibt es bloße Behauptung, jene Männer träumten, ihre Widersacher durch gezielte Verwahrung in isolierten Räumen der Öffentlichkeit zu entziehen – bis sie allein sind mit dem Objekt Ihres Verlangens. Als ausreichender Beweis dafür sollte auch nicht gelten, dass dem Mann von L. der Kontakt zu seiner Frau weitgehend verwehrt wird. Um dies besser verkraften zu können, erspart man ihm auch Begegnungen mit anderen Personen und die Mühe, sich selbst für

den Ablauf des Tages verantwortlich fühlen zu müssen. Die Umstände seines Aufenthaltes lassen Rückschlüsse auf einen hohen Grad der Organisiertheit dieser Umstände zu.

Auch wenn Pannen auftreten, über die sich auszulassen aus mehrerlei Gründen nicht ratsam wäre. Das Zusammengehörigkeitsgefühl dieser Leute ist offenkundig, es manifestiert sich nicht nur in vorhandenen Ausweisen, sondern auch durch die Ähnlichkeit der Gesten und Blicke. Als sei es ein Hirn, was alle lenkt und handlungsanweist. Man fühlt sich an eine große Familie erinnert, die (bei unterschiedlicher Statur) jedem Mitglied dieselbe Art des Lächelns und des Schweigens aneignet. Man ahnt eine alles umfassende Zusammengehörigkeit, die gegen alle Zweifel am Sinn der Tätigkeit immunisiert ist. März 1977

Dies ist ein unveröffentlichter Text Lutz Rathenows für Lilo Fuchs, die Frau des verstorbenen Schriftstellers Jürgen Fuchs, der mit ihr nach neun Monaten Haft 1977 in den Westen genötigt worden ist. Rathenow las den Text manchmal in Kirchen der DDR vor, da konnte Lilo schon nicht mehr unter den Zuhörern sein. Rathenows Buch „Trotzig lächeln und das Weltall streicheln. Mein Leben in Geschichten“, erscheint dieser Tage im Kanon Verlag, dessen in Jena geborener Verleger Gunnar Cynbulk den honorarfreien Vorabdruck für unsere Leser gern gestattet. Das nach Rathenows Haft 1980 geschriebene Hohenschönhausen-Tagebuch und „Für Lilo“ berühren in dem Band besonders. Das Buch wird erstmals im Palais der Kulturbrauerei, Berlin (24.09.22, 20.00 Uhr) vorgestellt.

Lutz Rathenow

Hinweis zu neuer Webseite

„Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/SED-Diktatur e.V.“

Die Webseite ist online www.verfolgteddrfrauen.de

Konstanze Helber – Vorsitzende des Vereins
„Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen
der SBZ/SED-Diktatur e.V.“

Gehört Lenin auf den Scheiterhaufen der Geschichte?

Vitsche* und das Pilecki-Institut** organisierten am Freitag, den 05. August 2022, am Pariser Platz vor dem Brandenburger



Tor eine Demonstration, um auf das Schicksal des ukrainischen Volkes in der Geschichte hinzuweisen. Die Verbrechen des Kommunismus fingen mit Lenin und seinem Geheimdienst Tschecha gleich zu Beginn der Oktoberrevolution 1917 an. Zusammenfassend könnte man sagen: LENIN gehört in den Müll. Jede der ca. 50 aufgestellten Leninbüsten sind in

schwarzen Müllsäcke eingehüllt. Lenin gehört auf die Müllhalde der Geschichte.

Putin führt die Tradition dieses Geheimdienstes fort. Wladimir Putin war, ist und bleibt ein Tschekist! Nicht nur in Moskau oder in Workuta, sondern in vielen anderen Städten Russlands ‚schmücken‘ heute noch große meterhohe Lenin-Standbilder

das Straßenbild. Zwar sind in Russland (nicht überall...) die Stalin-Standbilder abgerissen, was sagt das aber über die Aufarbeitung der kommunistischen Verbrechen aus, wenn Lenin-Standbilder heute noch überall stehen. Wie soll Russland demokratisch und rechtsstaatlich werden, wenn LENIN heute noch überall wacht?

Aber man darf nicht meinen, dass dies nur in Russland so ist. In der Landeshauptstadt von Mecklenburg-Vorpommern, in Schwerin steht selbst 32 Jahre nach Zusammenbruch des Kommunismus ein 3,50 Meter hohes Lenin-Denkmal. Anscheinend erwünscht, und keine Landesregierung hat ernsthaft gefordert, dass dieses Denkmal verschwinden soll.

Für die Opfer des und Widerstandskämpfer gegen den Kommunismus ist das ein Schlag ins Gesicht. Unzumutbar!

Die Lagergemeinschaft Workuta / Gulag Sowjetunion tagte im Juni 2016 in Schwerin und protestierte mit vielen Gulag-Zeitzeugen vor dem Lenin-Standbild an Großen Dreesch.

Stefan Krikowski
Sprecher der Lagergemeinschaft
Workuta / Gulag Sowjetunion
Mitglied in der Union
der Opferverbände Kommunistischer
Gewaltherrschaft (UOKG)
Tel.: 030 / 78 71 48 18
E-Mail: smkrikowski@web.de

* Vitsche e.V. ist eine Vereinigung junger Ukrainer in Deutschland. Sie beziehen Stellung zu den aktuellen Kriegsereignissen in der Ukraine und können nicht tatenlos zusehen. Sie organisieren Proteste, Kultur- und Bildungsveranstaltungen, helfen Flüchtlingen und organisieren humanitäre Hilfe für die Ukraine.

** Das Pilecki-Institut (Sitz: Pariser Platz 4a, direkt neben der französischen Botschaft) ist eine internationale Forschungseinrichtung, die sich der Geschichte und Verarbeitung der Erfahrungen des 20. Jahrhunderts widmet. Das Institut möchte so zur Vertiefung der Kenntnisse der Geschichte Polens im 20. Jahrhundert beitragen. Ziel der Arbeit ist es, den sozialen, geschichtlichen und kulturellen Wandel im Europa des 20. Jahrhunderts aufzuzeigen unter besonderer Berücksichtigung der Wandlungsprozesse in Mittel- und Osteuropa und der mit den gesamteuropäischen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts verbundenen Normen und Werte.

Verfolgte der SED-Diktatur von Altersarmut bedroht

Wissenschaftliche Studie belegt Zusammenhang von politischer Verfolgung und finanzieller Situation.

Berlin, 29. August 2022 – Berlinerinnen und Berliner, die in der SED-Diktatur politisch verfolgt wurden, sind besonders stark von Altersarmut bedroht. Das lässt sich aus der ersten Teilstudie zum Stand der Aufarbeitung der SED-Diktatur in Berlin zwischen 1990 und 2020 ableiten, die das BIS Berliner Institut für Sozialforschung GmbH erstellt hat. Die unabhängige, wissenschaftliche Untersuchung wurde vom Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB) in Auftrag gegeben.

Verfolgte der SED-Diktatur haben im Mittel ein deutlich geringeres Einkommen als der Durchschnitt der Bevölkerung Berlins. Das Durchschnittseinkommen der Befragten mit Rehabilitierungsantrag betrug 1.418 Euro (ohne die Leistungen aus den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen). Das Durchschnittseinkommen der Gesamtbevölkerung Berlins für das Jahr 2019 betrug

1.621 Euro. In einer Online-Befragung im Rahmen der Studie gaben knapp zwei Drittel (64 Prozent) der Befragten an, dass Ausgleichs-, Entschädigungs- und Unterstützungsleistungen für sie eine notwendige finanzielle Hilfe darstellen.

Für Tom Sello, Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB), liefert die Studie wertvolle Erkenntnisse für politische Weichenstellungen der kommenden Jahre in Land und Bund: „Wir brauchen Verbesserungen bei den Hilferregelungen für Verfolgte der SED-Diktatur. Im Sinne der zumeist älteren Betroffenen sind schnelle Lösungen durch die steigende Inflation und den Anstieg der Lebenshaltungskosten abzuwenden, ist es notwendig, die sogenannte Opferrente deutlich zu erhöhen und fortlaufend zu dynamisieren. Da dringender Handlungsbedarf besteht,

sind die Erkenntnisse bereits in Vorschläge zur Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze eingeflossen, die gemeinsam durch alle Landesbeauftragten an die jeweiligen Landesregierungen und den Bund herangetragen wurden.“

Dr. Eva Schulze, wissenschaftliche Leiterin des BIS Berliner Institut für Sozialforschung GmbH und Projektleiterin der Studie, sieht die staatliche Unterstützung und Beratung von Verfolgten der SED-Diktatur im Land Berlin als langfristige Aufgaben an: „Unrecht verjährt nicht, das zeigt die Studie sehr deutlich. Die Langzeitfolgen der politischen Verfolgung sind bei den Betroffenen unübersehbar. Sie zeigen sich noch heute in gesundheitlicher, oft auch psychischer Belastung und in einer prekären finanziellen Situation. Deshalb wird der Bedarf nach Beratung und Rehabilitierung auch in Zukunft vorhanden sein.“

Die Studie nimmt auch die Beratungslandschaft im Land Berlin für Verfolgte der SED-Diktatur in den Blick. Untersucht wurde, welche staatlichen und zivilgesellschaftlichen Beratungsangebote dieser Personenkreis seit 1990 in Anspruch nehmen konnte. Analysiert hat das Forschungsteam auch die Prozesse der Antragstellung zur Rehabilitierung nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen und der Bewilligung von Leistungen. Dabei stellt das BIS fest, dass die Verfahrensdauer bei Rehabilitierungen mit sechs bis 18 Monaten zu lang ist. Antragsformulare wie auch Rehabilitierungsbescheide sollten verständlicher formuliert werden.

Zudem sind die Antragsverfahren für die ehemals politisch Verfolgten oft belastend. Mario Röllig, politischer Häftling in der DDR: „Im Zuge des Rehabilitierungsprozesses setzen sich die Verfolgten der SED-Diktatur intensiv mit ihrem erlebten Unrecht auseinander. Das kann zu einer Retraumatisierung führen. Dass man in einem DDR-Jugendwerkhof tagelang in einen lichtlosen Kerker gesperrt werden konnte oder im Stasi-Gefängnis gefoltert wurde, ist teilweise schwer nachzuweisen, hat aber Auswirkungen auf die

körperliche und psychische Verfassung heute. Ich würde mir deshalb wünschen, dass zum Beispiel gesundheitliche Folgeschäden aufgrund von politischer Verfolgung in der SED-Diktatur unkompliziert anerkannt würden.“

Die für Berlin erstmalig durchgeführte Studie hat den Anspruch, den Rehabilitierungsprozess im Land Berlin möglichst vollständig abzubilden und zu bewerten. Sie erweitert und ergänzt damit den bisherigen Forschungsstand, indem sie unterschiedliche Verfolgtengruppen in den Blick nimmt, Einblicke in die Prozessabläufe gibt und das Zusammenspiel der unterschiedlichen Prozesse darstellt.

Den Anstoß zu der Studie hatte das Abgeordnetenhaus von Berlin gegeben. 2017 hatte es den Senat aufgefordert, Aufarbeitung und Folgen der SED-Diktatur zu evaluieren. Der Senat beauftragte im Oktober 2018 den Berliner Aufarbeitungsbeauftragten mit der Erstellung des Sachstandsberichts zum Stand der Aufarbeitung der SED-Diktatur im Land Berlin und daraus abgeleiteten Handlungsempfehlungen. Mit der vorliegenden Untersuchung liegt nun die erste Teilstudie vor.

Für die Untersuchung hat das BIS insgesamt 20 leitfadengestützte Interviews mit Fachleuten durchgeführt, außerdem qualitative Interviews mit 21 Verfolgten der SED-Diktatur und deren Kindern. 487 Personen nahmen an einer Online-Befragung teil.

Der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte Tom Sello: „Bei der Erstellung der Studie haben zahlreiche Beschäftigte des LAGeSo, an Berliner Gerichten und in Berliner Beratungsstellen entscheidend mitgewirkt. Ich bedanke mich herzlich für deren großes Engagement, das die Studie erst ermöglicht hat. Mein besonderer Dank gilt den ehemals in der SBZ/DDR politisch Verfolgten oder staatlicher Willkür ausgesetzten Personen, die über ihre Situation und ihre Erfahrungen bereitwillig Auskunft gegeben haben. Ohne ihre Bereitschaft, über sehr persönliche Erlebnisse zu sprechen, würde der Studie die bedeutendste Perspektive fehlen.“

Quelle: Pressemitteilung
Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung
der SED-Diktatur (BAB)
www.aufarbeitung-berlin.de

„Reifeprüfung“

Wenn so eine Gefängnistür hinter einem krachend in Schloss fällt, so trägt auch das zur Einschüchterung bei. Aber genau das beabsichtigten diese MfS-Genossen. Nach der Pause kam nun der „gute Cop“ zum Zuge: er war ein älterer Herr über 50 – zunächst ruhige und besonnene Ausstrahlung – väterlicher Typus. Der fragte als erstes, ob ich denn Hunger hätte... und er ließ mir aus der Kantine der Stasi-Zentrale eine Mahlzeit kommen. Dann beruhigte er mich und meinte beschwichtigend, sein Kollege, der erste Verhörer, reagiert manchmal etwas über, wenn er Nachtdienst hat. Das sollte ich nicht so eng sehen...! Aber für mich wäre es gut, wenn ich ihm ein paar Namen auf ein Blatt schreiben würde. Doch soll ich mir Zeit lassen. Zuerst essen, das stärkt Leib und Seele. Dann kann ich ja den Tathergang genau schildern und dabei wäre es gut, ein paar Namen hinzuzufügen.

Zum Essen und Schreiben wurde ich dann wieder in die Gefängniszelle gebracht. Ich hatte höllische Angst und konnte kaum essen. Aber ich betete um Beistand. Ich schrie (bildlich gesprochen) zu Gott in meiner panischen Angst und Not – und

ich blieb dennoch bei meiner Notlüge-Version, die mir keiner der Genossen Stasi-Funktionäre glaubten. Dann war auch bei dem „guten Cop“ die Geduld zu Ende. Offensichtlich war er sehr wütend über seinen schauspielerischen Misserfolg und er schrie mich hasserfüllt an: „diesen Wizisla werden wir auch ohne dich festnageln!“

Als das Verhör zum Ende gelangte, war es schon früher Morgen. Ich wurde in die Zelle abgeführt und wusste nicht, wie es weitergehen wird. Und es ging weiter nach ein paar Stunden Schlaf, die man mir zugestand.

Ich hatte kein Zeitgefühl mehr und befand mich auch sonst im Ausnahmezustand. Es folgten noch weitere Verhöre mit bedrohlichen und demütigenden Situationen. Aber um ehrlich zu bleiben: Ich wurde nicht körperlich misshandelt, angegriffen oder geschlagen, wie es seinerzeit andere zugeführte Klassenfeinde und reaktionäre Elemente ertragen mussten!

Warum das so war?

Dafür gab es mindestens zwei Gründe: Meine Rechtsanwältin Marianne Brendel, die mir damals vom Landeskirchenamt Sachsen zur Seite gestellt wurde, berichtete mit meiner Erlaubnis dem damaligen Bischof Noth ständig vom Verlauf der Verhandlung auf dessen Anfrage hin.

Der Staat DDR bemühte sich in dieser Zeit um die weltweite Anerkennung als sozialistisch-demokratischer Staat. Da musste ein solcher Fall, der mithilfe der Kirchenleitung bekannt geworden war, mit Vorsicht behandelt werden. Man musste Recht ergehen lassen.

Ich habe damals mit Dankbarkeit eine evangelische Kirchenleitung erlebt, die sich einer von den kommunistischen Behörden erwarteten Staatsnähe entschieden verweigerte, hingegen aber auf der Seite von Menschen mit eigener Meinung, auch Andersdenkenden stand und ihnen Rückenhalt gab. Leider muss ich das heute in der verfassten evangelischen Kirche vermissen, deren Kirchenleitung sich offensichtlich in hochnotpeinlicher Staatsnähe wohler fühlt? Ich erwarte eigentlich von (m)einer Kirchenleitung,



dass sie sich hinter Menschen mit eigener Meinung stellt und offene Augen und Ohren für Andersdenkende hat, anstatt sich zum Gürtel fremder Hosen(anzüge) zu machen! Deutlich kritische Worte muss eine Kirchenleitung gegenüber einer Bundesregierung finden, die modernste Waffen (Hightech-Panzer) in kriegsführende Länder wie z.B. Türkei, Saudi-Arabien und Katar liefert und damit die kriegerischen Auseinandersetzungen noch anheizt. Aber vielleicht verlange ich zu viel von den Kirchenoberen? „Wes Brot ich ess, des Lied ich sing!“ sagt ein alter Spruch, der heute nach wie vor Geltung hat. Die Kirche in der DDR (in der Verfolgungssituation) bekam vom SED-Staat keinen Cent und war deshalb arm wie eine Kirchenmaus, aber authentisch und

deshalb glaubwürdig! Ihre Mitarbeiter waren zumeist sehr vertrauenswürdige Vertreter Gottes auf Erden und verkündigten nicht nur die Botschaft von der Liebe Gottes zu ALLEN Menschen, sondern sie lebten und handelten auch selbst danach! Deshalb plädiere ich heute für eine Kirche, die kein Geld vom Staat annimmt und auch die Kirchensteuer nicht mehr vom Staat einziehen lässt, sondern sich selbst aus Spenden und Kirchgeld oder einem Gemeindebeitrag finanziert. Damit wird sie unabhängig von staatlicher Ideologie und Politik. Dann wird der Kirchenapparat zwar kleiner und bescheidener, aber man kann in den christlichen Kirchen wieder Jesus Christus erkennen. Wenn die Kirche „gesundschumpft“ und sich auf ihre eigentliche Aufgabe zurückge-

worfen sieht, kann das nur gut sein. Und auch Kirchenfunktionäre werden von un- ausgesprochenen Zwängen befreit und können sich endlich wieder erlauben, die Bundesregierung zu kritisieren, wenn die zu tätlichen Angriffen von verhetzten Antifa-Jugendlichen gegen Menschen mit eigener Meinung (wohlwollend?) schweigt! Albert Einstein ist auch hier und heute sehr klar und treffend: „Die Welt wird nicht bedroht von den Menschen, die böse sind, sondern von denen, die das Böse zulassen.“

Auszug aus „Als das Rote Meer grüne Welle hatte“

Günter Johannsen: Als das Rote Meer grüne Welle hatte, kartoniert 180 Seiten, ISBN: 3873367157

REWE verharmlost die SED-Diktatur. Direktorin der Bundesstiftung Aufarbeitung beklagt Geschichtslosigkeit des Handelskonzerns

Berlin, 09.08.2022. Konserven im DDR-Dekor samt Hammer und Zirkel mit „Nudeln mit Tomatensauce & Jagdwurst“, „Schulküchen Soljanka“ mit Kind in Pionieruniform oder „NVA-Feldsuppe“ bieten REWE-Supermärkte in Ostdeutschland ihren Kunden feil. Die Anfrage der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, wie sich eine solche Verharmlosung der SED-Diktatur mit dem Firmen-Leitbild vereinbaren, das REWEs besondere Verantwortung gegenüber der Gesellschaft betont, wurde von der Kölner Konzernleitung an die Pressestelle Region Ost in Teltow (Brandenburg) weitergereicht. Die erklärt sich in einer Stellungnahme vom 8. August für nicht zuständig: Die Märkte listeten solche Produkte „auf Wunsch der Kundschaft“.

„Verpackung und Produktaufmachung“ lägen „im Verantwortungsbereich des Inverkehrbringers“. Die Bundesstiftung möge sich daher an die Lieferanten wenden oder gleich an die Justiz, wenn sie einen Rechtsverstoß in den Produkten sehe.

Die Direktorin der Bundesstiftung Aufarbeitung Dr. Anna Kaminsky hatte in Ihrer Anfrage darauf hingewiesen, dass das DDR-Staatswappen das Symbol der SED-Diktatur sei, die am 13. August 1961 die NVA zur Absicherung des Mauerbaus eingesetzt habe. Es müsse zum erinnerungskulturellen Konsens des vereinten Deutschlands gehören, das Unrecht der kommunistischen Diktatur nicht zu verharmlosen und der Opfer des SED-Regi-

mes würdevoll zu gedenken: „Die Antwort REWEs ist Ausdruck von Geschichtslosigkeit, die fassungslos macht, weil sich der Konzern vor jeder Verantwortung für sein Sortiment drückt“, so die Direktorin der Bundesstiftung Aufarbeitung. „Wenn der zweitgrößte Lebensmitteleinzelhändler in Deutschland DDR-Nostalgieprodukte allein mit Kundenwünschen und der Rechtslage rechtfertigt, sind nicht die Konservendosen der Skandal, sondern die Haltung des Konzerns!“

Weitere Informationen erhalten Sie von:

Tilman Günther
Fon: 030 31 98 95 225
E-Mail: t.guenther@bundesstiftung-aufarbeitung.de

Der 17. Juni (1953) 2022 – Ein Kommentar

Berlin, 20.06.2022/cw – Ein Jahr vor dem 70. Jahrestag des Volksaufstandes von 1953 konnten wir ein erschreckendes Desinteresse an den damaligen Ereignissen in der zu Recht untergegangenen DDR konstatieren.

Selbst die Medien, die bisher wenigstens annähernd von diesem Tag Kenntnis genommen und zumindest in BILD und Text über die Gedenkveranstaltung der Bundesregierung auf dem Friedhof

Seestraße im Berliner Bezirk Wedding berichtet hatten (hier liegen Opfer des Aufstandes und seit 2005 auch ehem. Teilnehmer begraben), hielten sich auffallend zurück. Selbst die Presse aus dem Axel-Springer-Verlag, ansonsten in den vergangenen Jahrzehnten in gewisser Vorreiter-Funktion, verzichtete nicht nur auf Fotos, sondern überhaupt auf eine Erwähnung der Gedenkveranstaltungen vor dem ehem. „Haus der Ministerien“, dem heutigen Bundesministerium für Finanzen

(„Platz des Volksaufstandes von 1953,“) und dem Friedhof Seestraße.

Beitrag unter: <https://17juni1953.wordpress.com/category/pressemitteilung/> (Gästebuch der Vereinigung 17. Juni 1953-Rust)

Carl-Wolfgang Holzapfel
Vorsitzender VEREINIGUNG (AK)
17.JUNI 1953 e.V.
Pestalozzistr.26, 10627 Berlin
Mobil: 0176-48061953

Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße – „Unser Leid ist nicht vergessen“

Am 29. August trafen sich engagierte Frauen, Unterstützer und Gäste des Forums für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/SED-Diktatur e.V. in der Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße. Die ganztägige Veranstaltung stand unter dem Motto „Unser Leid ist nicht vergessen“. Die Schicksale der betroffenen Frauen und ihrer Angehörigen, vor allem Kinder, sind in der Bevölkerung häufig unbekannt und die Anerkennung ihres erlittenen Leides wird oftmals unzureichend gewährt. Viele stehen vor dem Problem, dass im Haftzusammenhang entstandene Gesundheitsschädigungen heute von den dafür zuständigen staatlichen Stellen nicht anerkannt werden. Der im Juni 2019 gegründete, bundesweit tätige Verein hat es sich zur Aufgabe gemacht, öffentlichkeitswirksam in unserer demokratischen Gesellschaft dem Vergessen entgegenzuwirken und den Frauen eine Stimme zu geben.

Maria Schultz, Gedenkstättenleiterin: „Es ist uns eine Freude, dass das Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frau-

en der SBZ/SED-Diktatur e.V. bei uns zu Gast ist. Die Gedenkstätte unterstützt ihr Anliegen ausdrücklich, zumal zwischen 1945–1989 auch Hunderte Frauen in der Lindenstraße in Untersuchungshaft waren. Eine wichtige Aufgabe der Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße ist es, ihre

Namen und spezifischen Verfolgungsschicksale zu ermitteln und für die Nachwelt festzuhalten. Noch immer wissen wir zu wenig über die weiblichen Inhaftierten dieses Haft- und Justizortes.“

Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße
Lindenstraße 54, 14467 Potsdam
Tel.: +49 (0)331-971 89 005
E-Mail:
presse@gedenkstaette-lindenstrasse.de
www.gedenkstaette-lindenstrasse.de



Treffen des Forums für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/SED-Diktatur in der Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße am 29.08.2022 mit Teilnahme von Dr. Maria Nooke, Beauftragte des Landes Brandenburg

Gedenken an die Inhaftierten des Gefängnisses Leistikowstraße

Der Verein Gedenk- und Begegnungsstätte ehemaliges KGB-Gefängnis veranstaltete am 23. August 2022 anlässlich des „Europäischen Gedenktages für die Opfer

von Stalinismus und Nationalsozialismus“ eine Gedenkveranstaltung.

Hervorzuheben ist das Grußwort von Bodo Platt, der selbst im KGB-Gefängnis interniert war. Der Zeitzeuge, der leider selbst nicht anwesend sein konnte, brachte in seinem vorgelesenen Grußwort auf den Punkt, warum der Gedenktag gerade heute so bedeutsam ist: „Er erinnert an die katastrophalen Folgen menschenverachtender Ideologien mit Allmachtsansprüchen, die für Millionen friedliebender Menschen und für ihre Kinder

und Kindeskindertod und Verderben bedeutete.“ Platt zog dabei den Bogen von der Vergangenheit zur Gegenwart und warnte insbesondere vor dem „Diktator im Kreml“, der die europäischen Demokratien zu zerstören versuche. Durch welche Propagandamittel Putin dafür die Grundlage im eigenen Land schafft, schilderte der Historiker Nikita Sokolow sehr eindrücklich in seiner Festrede.

Insbesondere Jugendliche sollten durch Geschichtsbücher und aufwändig medial ausgestaltete Themenparks, die der offiziellen Ideologie entsprechen, beeinflusst werden. Die Veranstaltung war sehr gelungen und lehrreich, da durch die aktuellen Bezüge deutlich wurde, warum es höchst wichtig ist, die Erinnerungen an die Gräueltaten von Diktaturen aufrecht zu erhalten. Im Anschluss an eine Schweigeminute hatten alle Anwesenden die Gelegenheit, sich bei einem Umtrunk auszutauschen. Martina Kegel UOKG



Gedenken an die Inhaftierten des Gefängnisses Leistikowstraße

Gedenk- und Begegnungsstätte
Leistikowstraße Potsdam
Leistikowstraße 1, 14469 Potsdam
Kontakt

E-Mail: mail@leistikowstrasse-sbg.de
Telefon: 0331-2011540

Gedenkveranstaltung an der Berliner Mauer am 13. August 2022

Am 61. Jahrestag des Mauerbaus in der DDR ist in Berlin und Brandenburg mit Gedenkveranstaltungen an die Opfer der Grenze erinnert worden. An verschiedenen Orten wurden am Samstag Kränze niedergelegt.

Berlins Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) nahm an einer Andacht in der Kapelle der Versöhnung in der Bernauer Straße in Mitte teil. Im Anschluss legte sie zusammen mit anderen Teilnehmern einen Kranz an der Gedenkstätte der Berliner Mauer nieder. „Die Berliner Mauer war ein Bauwerk der Unfreiheit, des Unrechts und der Diktatur“, hatte Giffey vorab mitgeteilt.

Giffey erinnert an historische Verantwortung

Giffey erinnerte an die Menschen, die beim Versuch, die Mauer zu überwinden und in die Freiheit zu fliehen, ihr Leben gelassen hätten. Zu ihnen zähle auch der gerade mal 18-jährige Peter Fechter. „Sein Tod im August 1962 spiegelt auf besondere Weise die Brutalität und Grausamkeit der Mauer wider“, so Giffey.

Allein in Berlin starben nach dem Mauerbau Forschern zufolge mindestens 140 Menschen durch die DDR-Grenztruppen. An der innerdeutschen Grenze waren laut Bundesregierung mindestens 260 Todesopfer zu beklagen. Es gebe eine

historische Verantwortung, das Geschehene wach zu halten und an das Leid zu erinnern, betonte Giffey.

Vom Vorstand der UOKG nahm Frau Inge Bennewitz an der Gedenkfeier teil. 



Auf dem Foto sind die SED Opferbeauftragte der Bundesregierung, Frau Evelyn Zupke, die Regierende Bürgermeisterin von Berlin Franziska Giffey, Herr Prof. Klausmeier, Direktor der Stiftung Berliner Mauer, zu sehen.

Eingesperrt im eigenen Land – Bundesstiftung Aufarbeitung erinnerte an den Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961


Am Morgen des 13. August 1961 beginnt die DDR-Führung mit der Abriegelung des letzten Schlupflochs für eine Flucht in den Westen: Berlin wird durch die Mauer in zwei Teile geteilt. „Mit dem Mauerbau wurden 17 Millionen Menschen über Nacht zu Gefangenen im eigenen Land“, sagte die Direktorin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Anna Kaminsky. „Mit der Errichtung der Sperranlagen, die streng bewacht wurden, sollten weitere Fluchten in den Westen verhindert werden. Die Mauer wurde in den 28 Jahren ihres Bestehens zum Symbol für die Unmenschlichkeit des kommunistischen Systems, das die Menschen nur mit Zwang und Gewalt von einer Flucht abhalten konnte. Bis 1989 wurden min-

destens 140 Menschen an der Mauer getötet und Hunderte verletzt. Viele bezahlten den Versuch, in Freiheit zu leben, mit langen Haftstrafen“, so Anna Kaminsky weiter.

Die erbarmungslose Härte des DDR-Grenzregimes wurde immer wieder deutlich: Am 17. August 1962 wurde der 18-jährige Peter Fechter bei seinem Fluchtversuch in der Zimmerstraße, in der Nähe des Checkpoint Charlie, von DDR-Grenzern in den Rücken geschossen. Die DDR-Grenztruppen ließen ihn im Grenzstreifen verbluten. An seinem 60. Todestag erinnerten die Stiftung Berliner Mauer und die Bundesstiftung Aufarbeitung gemeinsam mit einer Veranstaltung an ihn. Unter dem Titel „Bil-

der schreiben Geschichte“ luden Sie am 17. August 2022 in die Gedenkstätte Bernauer Straße ein.

Vielfältige Informationen und historische Hintergründe liefert das Online-Dossier der Bundesstiftung Aufarbeitung zum Mauerbau: <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/dossiers/mauerbau-am-13-august-1961>

Zeitzeugen des Mauerbaus im gesamten Bundesgebiet können über das Portal www.zeitzeugenbuero.de recherchiert und kontaktiert werden. Daneben werden zahlreiche didaktische Materialien und weitere Medien zum Thema angeboten: <https://www.zeitzeugenbuero.de/themendossiers/mauerbau-13-august-1961> 

Arno Groß und Heinrich Schulz – Aufrechter Gang und falsche Freunde

Sie waren Schulkameraden, die Geraer Arno Groß und der Heinrich Schulz. Beide hatten sie ein ordentliches Handwerk gelernt. 1915 wurden sie in unterschiedliche Einheiten des deutschen Heeres eingezogen. Dort dienten sie an der Front und in der Etappe mehr oder weniger brav als deutsche Soldaten an der Westfront. Dann kam der November 1918 und mit ihm die Revolution. Arno Groß wurde von den Kameraden als ihr Vertreter in den „Arbeiter und Soldatenrat“ gewählt. Heinrich Schulz übernahm die gleiche Funktion in einer anderen Einheit.

1919 trafen sie sich in ihrer Heimatstadt Gera wieder. Arno Groß hatte sich den Sozialdemokraten angeschlossen und Heinrich Schulz den Kommunisten. Zunächst waren beide einigermäßen verblüfft über die unterschiedliche Parteizugehörigkeit, aber sie einigten sich schnell auf eine gemeinsame „Plattform“. Die SPD und die KPD waren schließlich Arbeiterparteien und beide wollten letzten Endes, dass es den Arbeitern besser ergehen sollte. Außerdem waren sie Schulfreunde.

So einfach war es aber nicht, die gemeinsame „Plattform“ zu handhaben. Die SPD war für die parlamentarische Demokratie. Mit Friedrich Ebert, den Arno Groß verehrte, weil er ihn einmal in Berlin gesehen hatte, und anderen Sozialdemokraten stellten sie die Regierung. Das sahen Heinrich Schulz und seine KPD ganz anders. Die parlamentarische Demokratie war eine Ausgeburt des Kapitalismus. Für sie sollte es „keinen Mann und keinen Groschen geben“. Im Vordergrund der kommunistischen Strategie und Taktik stand die proletarische Revolution. So kamen sich die alten Freunde schnell in die Haare und es gab all die Jahre, die sie miteinander stritten, keinen Konsens. 1920 hatte es noch einmal einen Ansatz des Zusammengehens gegeben, als man teilweise gemeinsam gegen den Kapp-Putsch vorging. Das aber war schnell vorbei und man lag sich wieder in den alten Gräben gegenüber.

Dann kam 1933 und die SA als Hilfspolizei. Die machte keinen Unterschied zwischen Sozis und Kommunisten. Für die Nazis waren das alles Marxisten, die es einzusperren galt. Und so landeten die beiden Freunde in dem von der SA errichteten KZ in Bad Sulza. Beide waren

verständlicherweise in keiner guten Stimmung. Sozialdemokraten und Kommunisten warfen sich gegenseitig den „Bruderkrieg“ vor, der die Nazis angeblich an die Macht gebracht hätte. Ergo müsste man, wenn man hier wieder heraus käme und die Nazis „weg wären“, irgendwie neu anfangen, aber wie? Und dann zeigte es sich, dass die Nazis keineswegs so schnell „wegzukriegen“ waren. Im Gegenteil, die etablierten sich sehr schnell für die Ewigkeit ihres „Tausendjährigen Reiches“. Und bei der Gestaltung der nationalsozialistischen Ewigkeit waren solche Figuren wie der Arno Groß und der Heinrich Schulz ganz einfach im Weg. Als das SA-KZ 1934/35 aufgelöst wurde, kamen auch die beiden Geraer Freunde Groß und Schulz in Freiheit. Doch die dauerte nicht lange. Mitte der 30er Jahre landeten sie wieder im KZ; diesmal in dem der SS in „Buchenwald“. Dort gingen die unsinnigen Diskussionen über das Versagen der SPD und der KPD in der Weimarer Republik weiter. Dann kam der Krieg und die Wirtschaft brauchte Facharbeiter. So kam der Arno Groß frei und arbeitete fortan in der Rüstungsindustrie für Deutschlands „schimmernde Wehr“. Den Heinrich Schulz behielt die SS, weil er gar zu kommunistisch dachte und agierte. Er kam erst wieder in Freiheit, als die Amerikaner im April 1945 das KZ „Buchenwald“ befreiten.

1945! Das war ein Jahr. Bei den Amerikanern war zunächst jegliche politische Betätigung verboten, aber als die Sowjets im Juli Thüringen in ihr Besatzungsgebiet einreichten, konnten politische Parteien gegründet werden. Heinrich Schulz war Mitgründer der KPD und Arno Groß Mitgründer der SPD in Gera. Beide waren sich aus den Erfahrungen der Vergangenheit im Klaren, dass es einen „Bruderkampf“ zwischen den beiden Arbeiterparteien nicht wieder geben durfte. Und so agierten beide in ihren Parteien, bis Moskau befahl, die beiden Parteien KPD und SPD müssten sich zu einer sozialistischen Partei vereinigen.

Arno Groß war dagegen. Nach seiner Meinung hatten die Kommunisten nach 1945 nichts dazugelernt. Sie waren im Grunde genommen zutiefst antidemokratisch und mit der ihnen von der sowjetischen Besatzungsmacht gewährten Unterstützung würden sie in der neuen

vereinigten Partei die Sozialdemokraten an die Wand drücken. Insofern war die Vereinigung weiter nichts als eine Stärkung der Kommunisten und eine Schwächung der Demokratie.

Heinrich Schulz dagegen konnte nicht genug für die Vereinigung tun. Er war einer der Protagonisten für die SED. Und schon lagen sich die beiden Freunde wieder in den Haaren. Arno Groß fuhr nach Berlin zu den Genossen der SPD, die sich unter dem Schutz der Westmächte klar gegen die Vereinigung ausgesprochen hatten. Dort erhielt er den Zuspruch, den er brauchte. Außerdem lernte er den Chef des SPD-Ostbüros Stephan Thomas kennen, der ihn bat, eng mit dem Ostbüro zusammenzuarbeiten. Arno Groß sagte erfreut zu.

In Gera sammelte er die Sozialdemokraten, die wie er gegen die Zwangsvereinigung der SPD mit der KPD waren. Zusammen mit ihnen versuchte Arno Groß die Vereinigung zu verhindern. Aber das gelang nicht, denn die Besatzungsmacht war ganz einfach stärker als die guten Sozialdemokraten um Arno Groß. Im April/Mai 1946 wurde die Vereinigung der SPD mit der KPD zur SED vollzogen. Nun waren Arno Groß und Heinrich Schulz in einer Partei, die aber weiterhin in sich tief gespalten zwischen Sozis und Kommunisten war.

Heinrich Schulz spielte in der Geraer SED eine beherrschende Rolle, während sich Arno Groß in ständiger Opposition und Obstruktion gegenüber der SED-Führung verhielt. Seine Verbindungen zu den Sozialdemokraten in West-Berlin und zum Ostbüro der Partei Kurt Schumachers in Hannover geben ihm immer neuen Stoff, gegen die SED-Führung vorzugehen. Das ging 1946 und 1947 und auch noch 1948 einigermäßen gut. Die SED-Führung in Berlin fühlte sich offensichtlich noch nicht so stark und abgesichert, um gegen die starke Opposition aus den Reihen der ehemaligen SPD vorzugehen. Mitte 1948 gab es allerdings ein Signal. Unter dem Vorwand, gegen die Titoisten in Jugoslawien vorzugehen, beschloss die SED-Führung die Einsetzung von Parteikontrollkommissionen (PKK) auf allen Ebenen. Als Exekutivorgane wurden den PKK „Personalpolitische Abteilungen“ (PPA) beigeordnet. Die Tätigkeit der PPA



konzentrierte sich nunmehr eindeutig auf die ehemaligen Sozialdemokraten in und außerhalb der SED. Sie wurden einer Kategorisierung unterzogen. Von nun an gehörten die ehemaligen Sozis in drei Kategorien: In der ersten waren die große Zahl der „Mitläufer“, in der zweiten waren „die zu Maßregelnden“ untergebracht. Das hieß, in der Folgezeit wurden sie aus allen Funktionen in und außerhalb der SED entfernt. Die dritte Kategorie umfasste „die zur administrativen Behandlung Zuzuführenden“. Sie wurden dem NKWD, den „Freunden“, wie es offiziell hieß, zur Verhaftung vorgeschlagen.

In dieser Zeit, im Herbst 1948, wurde Heinrich Schulz zu einem Gespräch mit der Landesleitung der SED nach Weimar beordert. Dort traf er sich mit Erich Kops und Paul Gräf, die für Sicherheitsfragen in der SED-Thüringen zuständig waren. Außerdem nahm noch ein Oberst des NKWD an dem Gespräch teil. Heinrich Schulz bekam den Auftrag, ab sofort innerhalb der Geraer SED eine Oppositionsrolle zu spielen. Die einzelnen Anweisungen dafür erhielt er von dem Genossen Gräf. Fortan habe er enge Kontakte zu oppositionellen Sozialdemokraten zu halten und ihnen bei ihren Attacken gegen die SED zuzustimmen. Was er in diesem Zusammenhang erführe, insbesondere wer alles zu den Oppositionellen gehört, habe er ständig dem Genossen Gräf mitzuteilen. Bei diesem Einsatz für die Sicherheit der Partei habe er unter Umständen auch einige Wochen Inhaftierung beim NKWD auf sich zu nehmen. Heinrich Schulz versprach sein Bestes zu tun.

Von nun an suchte Heinrich Schulz wieder die Nähe von Arno Groß, den er in letzter Zeit bewusst gemieden hatte. Heinrich Schulz kritisierte nunmehr die Tätigkeit der Geraer SED-Führung. Arno Groß war erfreut über die Einsichten seines Freundes Heinrich Schulz. Er würdigte seine späte Einsicht als Erkenntnisse eines lan-

gen politischen Lebens. Mit ihm besprach er auch die Möglichkeiten, aus der SED eine neue und moderne Art von Sozialdemokratie zu formen. In diesem Zusammenhang offenbarte er ihm auch seine Verbindungen zum Ostbüro der SPD.

Im Februar 1949 schlug der NKWD zu. In einer einzigen Aktion wurden Arno Groß und seine Freunde Alfred Hanussa, Otto Böttcher, Rolf Wegel, Witla Matsun, Fanny Horn, Hilmar Cyransky, Viktor Fitzek und Heinrich Schulz vom NKWD mit Unterstützung der politischen Polizei K5 in Gera verhaftet und im Keller des vom NKWD beschlagnahmten „Hotel Sonntag“ inhaftiert. Von der SED wurde das als ein notwendiger Akt gegen die verderblichen „Schumacher-Agenten“ bezeichnet. Eine ganze Reihe von ehemaligen Sozialdemokraten flüchtete daraufhin „in den Westen“. Das war so von der SED beabsichtigt. Die besonders gefährlichen „Schumacher-Leute“ verschwanden hinter Gittern, die anderen suchten das Weite und die SED hatte soundsoviele Feinde weniger. Was für ein Erfolg!

Die üblichen NKWD-Methoden in der Untersuchungshaft wurden auch auf die Geraer Sozialdemokraten angewendet. Viel Mühe hatte der NKWD mit seinen inhaftierten Sozialdemokraten nicht, denn sie gaben alles zu, ganz einfach, weil sie sich demokratisch verhalten und bei ihren Angriffen gegen die SED nur demokratische Mittel angewendet hatten. Das war nicht strafbar; auch nicht nach dem Übereinkommen der Besatzungsmächte von 1945. Aber was scherten den NKWD „demokratische Mittel“. Das war alles konterrevolutionäre Tätigkeit, politische Spionage, antisowjetische Propaganda und illegale Gruppenbildung nach dem Artikel 58 des russischen StGB.

Eines Tages bekam Arno Groß einen Mitgefangenen in seine Zelle. Der Mitgefangene war Heinrich Schulz. Dieser gab

sich sehr zerknirscht. So etwas hätte er von seinen sowjetischen Genossen nicht erwartet. Das sei ja wie bei der SS. Arno Groß war sichtlich froh, seinen Freund Heinrich Schulz durch die nackten Tatsachen kommunistischer Machenschaften überzeugt zu sehen. Beide kamen überein, wenn sie hier herauskämen, ihre ganze Kraft einer neuen Sozialdemokratie zu widmen. Es gab nun tagsüber genügend Gesprächsstoff, denn nachts wurden beide des Öfteren zu getrennten Vernehmungen geholt. So ging das über Wochen.

Eines Tages wurde Arno Groß in einen größeren Raum, ganz offensichtlich der Gerichtsraum, geführt. Nach und nach kamen alle seine sozialdemokratischen Freunde, nur Heinrich Schulz kam nicht. Nachdem sie in einer Farce von Gerichtsverhandlung und Urteil alle zu je 25 Jahren Haft verurteilt worden waren und sie nichts mehr von Heinrich Schulz wahrnahmen, dämmerte es Arno Groß, dass sein „Freund“ Heinrich Schulz bei der „Ausschaltung“ der Geraer Sozialdemokraten eine ganz bestimmte Rolle für die SED und den NKWD gespielt haben musste.

Heinrich Schulz wurde in einer großen Versammlung der SED als Genosse herausgestellt, der vorübergehend „falsche Wege“ eingeschlagen habe und nunmehr geläutert seine Parteiarbeit fortsetzen werde. Die Fortsetzung seiner Parteiarbeit sah so aus, dass er im Auftrag der SED in Gera den Staatssicherheitsdienst aufbaute und rücksichtslos bemüht war, alle Feinde der Partei auszuschalten.

Arno Groß kam mit seinen übrigen sozialdemokratischen Freunden in das SED-KZ Bautzen. Dort ist er 1952 umgekommen. Sein Leben hatte er der freiheitlichen Demokratie gewidmet.

Hermann Kreutzer

Zeitzeugenaufruf Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg

Die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg sucht Zeugen, die Kontakt zum Gefängnispfarrer Eckart Giebler hatten, der ohne Wissen der Häftlinge Mitarbeiter des Ministeriums des Inneren der ehemaligen DDR (Mdl) war und politische Häftlinge ausgehört hatte. Eckart Giebler war ein deutscher evangelischer Pfarrer, ab 1953 Gefängnisseelsorger im Rang eines Majors des Mdl, Autor und Herausgeber. Von 1959 bis 1989 war er Inoffizieller Mitarbeiter „Roland“ des Ministeriums für Staatssicherheit. Bitte bei der Redaktion melden!


Schattenspiel: Pfarrer Eckart Giebler zwischen Kirche, Staat und Stasi (Schriftenreihe der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur) Taschenbuch – 01. Dezember 2019, Herausgeber: Metropol-Verlag, 420 Seiten, ISBN-10: 3863314980, ISBN-13: 978-3863314989

Zeitzeugen gesucht – Patienten der DDR-Psychotherapie im Forschungsprojekt „Seelenarbeit im Sozialismus“

Wir suchen für eine Studie Personen, die in der DDR in psychotherapeutischer Behandlung waren und sich vorstellen können, über ihre persönlichen Erfahrungen in einem Interview zu sprechen. In diesem Interview fragen wir Zeitzeugen beispielsweise nach dem Ablauf der Therapie, in welchem Zusammenhang diese stattfand und wie diese von heute aus bewertet wird. Die Interviews finden im Rahmen des Projektes „Die ambiva-

lente Rolle der DDR-Psychotherapie“ am Universitätsklinikum Jena in dem vom BMBF geförderten Forschungsverbund „Seelenarbeit im Sozialismus“ statt. Um das gesamte Spektrum der Psychotherapie in der DDR zu untersuchen, befassen wir uns mit dem Thema aus unterschiedlichen Perspektiven. Die Erfahrungen der damaligen Patienten stellen in diesem Zusammenhang eine wichtige Quelle dar. Alle Gesprächsinhalte werden streng

vertraulich und unter Berücksichtigung der Datenschutzverordnung erhoben und wissenschaftlich verwertet.

Melden Sie sich gerne unter der E-Mail sisap@med.uni-jena.de oder telefonisch unter 03641/9398044. Gerne können wir weitere Fragen dazu vorab beantworten. Weitere Informationen zum Projekt erfahren Sie auf unserer Homepage: <http://www.seelenarbeit-sozialismus.de> 

Zeitzeugen gesucht – Hammer – Zirkel – Stacheldraht – Zwangsarbeit politischer Häftlinge in der DDR

Vom 03. Oktober 2022 bis zum 26. Februar 2023 wandert die Ausstellung über die Zwangsarbeit politischer Häftlinge in der DDR in die Energiefabrik Knappenrode im Lausitzer Braunkohlerevier. Sie wird am 03. Oktober 15:00 Uhr mit einer Einführung des Kurators Dr. Christian Sachse eröffnet.

Die Ausstellung ordnet die Haftzwangsarbeit in der DDR in den politischen, geschichtlichen und internationalen Kontext ein und konzentriert sich dann auf die Zwangsarbeit politischer Gefangener auf dem Gebiet des heutigen Bundeslandes Sachsen-Anhalt. Die Arbeits- und Lebensbedingungen waren geprägt von mangelndem Arbeitsschutz, fehlender Schutzkleidung, schmerzenden Verletzungen sowie Schlafmangel, schlechter Ernährung, Bekleidung und Gesundheitsversorgung. Zum System gehörten über-

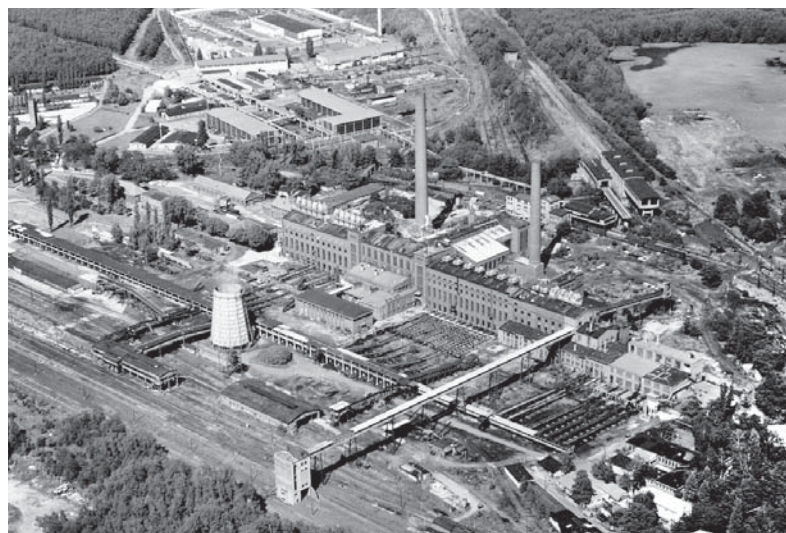


Foto: Braunkohlekraftwerk Knappenrode 1994 – FO 012 288 – Sächsisches Industriemuseum Knapprode

höhte Normen sowie drakonische Strafmaßnahmen bei Arbeitsverweigerung bis hin zur Haftverlängerung.

Verknüpft wird die Ausstellung mit der Erwartung für mehr Anerkennung und Würdigung der Lebensleistung ehemaliger politischer Gefangener in der DDR. Die Sonderausstellung steht unter der Schirmherrschaft der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes

der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt. Auch im Lausitzer Revier unterlagen politische Häftlinge der Zwangsarbeit. Auf dem Gebiet des ehemaligen Braunkohlkombinats BKW Glückauf, zu dem auch die Brikettfabrik Knappenrode gehörte, ist das Thema Zwangsarbeit bislang jedoch kaum erforscht. Bekannt ist, dass Gefangene aus dem Arbeitslager Schwarze Pumpe in der Brikettfabrik arbeiten mussten.

Ankündigung UOKG

Auf Initiative der UOKG e.V. wird die SED-Opferbeauftragte Evelyn Zupke eine Veranstaltungsreihe zu den verschiedenen SED-Opfergruppen explizit für die Abgeordneten des Bundestages im Jakob-Kaiser-Haus durchführen. Den Auftakt wird die Thematik „Zwangsarbeit in politischer DDR-Haft“ im November 2022 bilden. Weitere Informationen zur geplanten Veranstaltung folgen in Kürze.


Wir möchten Betroffene oder Familienangehörige von Betroffenen ermuntern, als Zeitzeugen Kontakt mit uns aufzunehmen.

Kontakt: Energiefabrik Knappenrode, Werminghoffstraße 20, 02799 Hoyerswerda
Telefon: 03571-607030

E-Mail: knappenrode@saechsisches-industriemuseum.com

Webseite: www.energiefabrik-knappenrode.de

Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag von 10:00 bis 18:00 Uhr

Montag geschlossen, außer an Feiertagen 

UOKG widerspricht Kritik der Vereinigung 17. Juni

Peter-Fechter-Straße: Bezirk hat „sich umgehend, konstruktiv und höflich zurückgemeldet“

Der jüngst in einer Presseerklärung der Vereinigung 17. Juni geäußerten Kritik am Verhalten der Bezirke Friedrichshain-Kreuzberg und Mitte in Sachen Peter-Fechter-Straße, wonach „auch der jüngste Vorstoß des Dachverbandes der Opferverbände, UOKG, auf Umbenennung der Zimmerstraße [...] bislang schnöde und „die Opfer der Diktatur fast schon beleidigend“ ignoriert worden sei, (<https://17juni1953.wordpress.com/2022/08/03/jahrestag-mauerbau/>) widersprach in einer Stellungnahme UOKG-Chef Dieter Dombrowski. Im Gegensatz zur veröffentlichten Darstellung habe sich der „Bezirksbürgermeister und der BVV-Vorsteher“ auf das Anliegen der UOKG „umgehend, konstruktiv und höflich“ gemeldet.

Die zuständige Stadträtin kümmert sich

Der CDU-Politiker Dombrowski: Das Gegenteil sei richtig. „Die zuständige Stadträtin kümmert sich, die Bitte ist an alle Fraktionen ergangen und die Gedenk- und Straßenkommission ist ebenfalls damit befasst. Von schnöde kann keine Rede sein.“ Abschließend räumt der UOKG-Chef allerdings ein: „Das ist natürlich keine Garantie für den Erfolg.“

Um eine Stellungnahme zum Dombrowski-Statement gebeten, bestätigte der Vorstand seine kritische Haltung, wonach „wir den Eindruck haben, dass die zu erwartende bzw. gezeigte öffentlichkeitswirksame Trauer an der Stele Peter Fechters zum 60. Todestag des Flüchtlings

einmal mehr auch in diesem Jahr als pure Heuchelei zelebriert werden wird. Solange die Politik, auf welcher staatlichen Basis auch immer, „auch noch nach 60 Jahren seit dem in aller Welt verfolgten Tod Peter Fechters nicht in der Lage ist, diesen synonymen Mord an der Mauer ein sichtbares und angemessenes Gedenken zu widmen, bleibt der Vorwurf der Heuchelei berechtigt im Raum stehen,“ erklärte Vereinsvorsitzender Holzapfel.

Die als „resignierend“ einzustufende Schlussbemerkung Dombrowskis, wonach die reaktiven Freundlichkeiten seitens der Bezirks-Institutionen „natürlich keine Garantie für den Erfolg“ seien, spreche für sich. Die Opferverbände hätten sich, bis auf wenige Ausnahmen, bisher nur verbal für wirklich wichtige und berechtigte Forderungen der Opfer eingesetzt, kritisiert die Vereinigung. Es stehe zu vermuten, dass die staatliche Finanzierung der Betriebsabläufe und Funktionsgehälter den friedlichen Verlauf abgelehnter Initiativen sichern und damit die Dominanz negativer staatlicher Entscheidungen – aus Sicht der Diktatur-Opfer – nicht weiter kritisch hinterfragt werden.

Straßenbenennungen auf die Tagesordnung der Politik

Dabei gehöre die Praxis der Geschichtsdarstellungen in Form von Straßenbenennungen ebenfalls auf die Tagesordnung der Politik. Man habe erstaunlicherweise genug Zeit für heftige Debatten um Sinn und Unsinn einer jahrzehntelang vorhandenen „Mohrenstraße“. Die Benennung öffentlichen Straßenlandes nach einem weltbekannten und geachteten Komponisten, wie Richard Wagner (selbst in Moskau im Konservatorium benannt) wegen seiner antisemitischen Einstellungen wird infrage gestellt, während große Alleen und Straßen, die nach dem Antisemiten Karl Marx benannt wurden, als unantastbar nicht einmal ernsthaft diskutiert werden. Die Frage nach der grundsätzlich vorhandenen historischen Bedeutung einer zu ehrenden Persönlichkeit wird erst gar nicht in die Diskussion eingebracht. Formalien, wie die vordringliche Benennung nach Frauen, vernebeln vordergründige tagespolitische Wertungen oder Absichten. Dies habe sich beispielhaft an der Umbenennung eines Teils der historischen Kochstraße in „Rudi-Dutschke-Straße“ gezeigt, obwohl dieser sich zu Lebzeiten zu keiner Geschlechtsumwandlung (zur Frau) bekannt habe (war

damals noch kein Thema) und es bereits einen Rudi-Dutschke-Weg im Universitätsviertel in Dahlem gab (zu vermeidende Doppelbenennungen).

Peter Fechter historisches Synonym für die Maueropfer

Ein letztes Beispiel: Martin Luther war – aus seiner Zeit heraus nachvollziehbar – ein klarer Antisemit. Heute verurteilen wir nach dem verbrecherischen Desaster des Hitlerismus, auch berüchtigt bekannt als „National-Sozialismus“, zu Recht jegliche Form des Antisemitismus. Aber ist deswegen Martin Luther keine „historische“ Persönlichkeit mehr? Müssen wir diesen jetzt überall namentlich tilgen? Ohne jede Rücksicht auf etwaige Verluste einen neuen „Bildersturm“ verursachen? Was unterscheidet uns dann noch von schrecklichen – historischen – Vergleichen?

„Peter Fechter,“ so die Vereinigung, „ist auch nach 60 Jahren das historische Synonym für die Mordopfer an der Mauer. Er steht sinnbildlich für die Opfer in der Nachfolge bzw. Fortsetzung nationalsozialistischer Verbrechen durch eine kommunistische Diktatur, die sich in der Handhabung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit an ihrem Vorbild Stalin orientierte: Der Partei gilt alles, der Mensch gilt nichts. Die Benennung einer Peter-Fechter-Straße am Ort seiner Ermordung in Berlin ist überfällig. Andere Städte in Deutschland haben dies bereits vor vielen Jahren erkannt und vollzogen. Berlin, als Sinnbild der Teilung unseres Landes, als sichtbarer Standort der berüchtigten Mauer, hinkt auch hier hinterher. „Kein Ruhmesblatt gezeigter historischer Verantwortung,“ konstatiert abschließend die Vereinigung.

Hinweis: Am 12. August um 11:00 Uhr gedachte der Verein an den Mauerkreuzen zwischen Reichstag und Brandenburger Tor in der Ebertstraße der Opfer der Mauer. Anlässlich des 60. Todestages von Peter Fechter (17.08.1962) wurde der Kranz der Vereinigung diesmal direkt am dortigen Gedenkkreuz für Peter Fechter niedergelegt.

V.i.S.d.P: Redaktion Hoheneck, Berlin
Mobil: 0176-48061953 (1.722).
Redaktion Hohenecker Bote,
<https://redaktionhoheneckerbote.wordpress.com/>

Museum im Stasi-Bunker

Ehemalige Ausweichführungsstelle des Leiters der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Leipzig

Flurstück 439, 04827 Machern

Besichtigung des Gesamtgeländes, Führungen durch den Bunker

Öffnungszeiten:

jeden letzten Sonnabend und Sonntag im Monat von 13 bis 16 Uhr

Bürgerkomitee Leipzig e.V.

Tel. (03 41) 961 24 43

Fax (03 41) 961 24 99

AG Lager Sachsenhausen 1945 – 50 e.V. – Vorstand im Amt bestätigt!

Für zwei weitere Jahre wählten am 28. August die Mitglieder der AG Lager Sachsenhausen 1945 – 50 e.V. erneut Joachim Krüger zu ihrem Vorsitzenden. Seine Stellvertretung übernahm wieder Michael Ney, die Schriftführung Mariagnes Pense und die Kasse Reinhard Klaus. Die Arbeitsgemeinschaft engagiert sich aktiv gegen das Vergessen der grausamen vom sowjetischen KGB zu verantwortenden teils völlig willkürlichen Verhaftungen und Internierungen sowie der menschenverachtenden Lebensbedingungen im sowjetischen Speziallager in Oranienburg-Sachsenhausen, die zum Tod von 12 Tausend Menschen führten und die Überlebenden ihr Leben lang zeichneten und aufs Schwerste belasteten.

Digitalisierung des Totenbuches und Totengedenken am 24. und 25. August in Oranienburg-Sachsenhausen

Das alljährliche Jahrestreffen der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten und der Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945-50 e.V. zum Gedenken an die Opfer des sowjetischen Speziallagers Sachsenhausen konnte in diesem Jahr wieder in Präsenz durchgeführt werden. Auf einer gemeinsamen Veranstaltung wurde die Digitalisierung des Totenbuchs für die Zwölftausend Opfer des Speziallagers Sachsenhausen mit deutsch- und englischsprachigem Zugang durch Dr. Enrico Heitzer vorgestellt, begleitet durch Grußworte der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, Dr. Maria

Nooke, sowie der Vertreterin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Amélie zu Eulenburg. Daran schloss ein Podiumsgespräch an, bei dem u.a. Reinhard Wolff über seine Lagererfahrungen im Angesicht von Hoffnungslosigkeit und Todesbedrohung als ehemaliger Internierter im Speziallager Sachsenhausen berichtete. In der Diskussion kommentierte der AG-Vorsitzende Joachim Krüger die Digitalisierung des Totenbuchs als einen Schritt in die richtige Richtung gegen das Vergessen der Opfer. Nach wie vor setzt sich die Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945-50 e.V. für Namenstafeln aller dort ums Leben gekommenen mit ihren persönlichen Lebensdaten an der Außenwand des Speziallagermuseums ein.

Am Sonntag folgte dann unter großer öffentlicher Anteilnahme die alljährliche Gedenkveranstaltung für die Opfer des Speziallagers, in diesem Jahr nach der Begrüßung durch Dr. Axel Drecoll und Joachim Krüger mit Ansprachen des Staatssekretärs für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, Tobias Dünow und der Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur Evelyn Zupke. In bewegenden Worten berichtete die im Speziallager Sachsenhausen geborene Barbara Kirchner-Roger über ihre Wahrnehmung der ersten Lebensjahre hinter Stacheldraht und ihren weiteren Lebensweg. Nach einem von Pfarrer Friedemann Humburg zelebrierten Gottesdienst bildeten die feierlichen Kranzniederlegungen den Abschluss der Veranstaltung. 🚩



Vorstandsmitglieder der AG Lager Sachsenhausen 1945–50 e.V. (v.l.n.r.: Michael Ney, Reinhard Klaus, Mariagnes Pense und Joachim Krüger).

Leserzuschrift zum Stacheldraht-Artikel „Ehemaliges Zuchthaus Cottbus – Neue Geschäftsführerin“, 6/2022

Das Menschenrechtszentrum Cottbus e.V./Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus widmet sowohl der neuen Geschäftsführerin, Heide Schinowsky, wie auch der verabschiedeten Sylvia Wähling eine ausführliche Berichterstattung in Wort und Bild, was mit der bisherigen langjährigen Entstehungsgeschichte dieses Gedenkortes verbunden wird. Der Name des wichtigsten Initiators, Siegmara Faust, wird mit keiner Silbe erwähnt.

Siegmara Faust war als politischer Häftling mehrere Jahre in DDR-Haft, den größten Teil im Zuchthaus Cottbus. Wegen seiner unbeugsamen Haltung gegen den SED-Staat auch im Zuchthaus Cottbus, musste er viele Monate unter menschenunwürdigsten Verhältnissen im dortigen Arrest verbringen.

Nach seiner Ausbürgerung, auch durch den Druck von Amnesty International,

hat er in seinen vielen Vortragsreisen in Bundesrepublik Deutschland, u.a. für die Konrad-Adenauer-Stiftung, die Bedeutung von Freiheit und Demokratie immer wieder als das höchste Gut proklamiert. Dabei nahm die Aufklärung der massiven Menschenrechtsverletzungen in den DDR-Zuchthäusern, insbesondere Cottbus, gegenüber politisch Inhaftierten eine herausgehobene Stellung ein. Dies auch bei den vielen Gesprächen und Diskussio-



nen mit ehemaligen Regierungsvertretern der Bundesrepublik Deutschland.

Nach dem Mauerfall hat er als Landesbeauftragter für die Stasiunterlagen des Freistaates Sachsen das Zuchthaus Cottbus im benachbarten Bundesland nie aus den Augen gelassen. In aufopferungsvoller Arbeit hat er die Idee, dieses Gefängnis zu kaufen und als Gedenkstätte zu etablieren, durchsetzen können. Als Mitsstreiter im Brandenburger Landtag hat er den ehemaligen politischen Haftkameraden Dieter Dombrowski gehabt. Dass ehemalige politische Häftlinge ihren Ort der Verfolgung kaufen und für das Wachhalten von Diktatur-Erfahrungen nutzen wollten,

ist weltweit einmalig und fand dementsprechend ein großes Medienecho. Nicht zuletzt wegen Siegmars Faust gab Wolf Biermann ein vielbeachtetes Konzert vor einigen Jahren in der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus.

In unermüdlichem Einsatz bei Führungen und Vorträgen in der Gedenkstätte hat er diesem Erinnerungsort ein unverwechselbares Profil gegeben. Nicht zu vergessen seine Recherchen und Forschungen zu den Menschenrechtsverletzungen im Zuchthaus Cottbus während des Nationalsozialismus. Hier regte er eine Ausstellung zur NS-Widerständlerin Traute Lawrenz an, die in der „Weißen Rose“ Hamburg gegen die Nazidiktatur

aktiv war. Durch den Verrat eines Gestapo-Spitzels kam sie nach Cottbus ins Gefängnis. Dieser Spitzel wurde dann ein geachtete Persönlichkeit im SED-Staat, der als MfS-Denunziant wiederum Siegmars Faust letztendlich nach Cottbus brachte.

Ohne Siegmars Faust würde es den Gedenk- und Erinnerungsort Zuchthaus Cottbus so nicht geben. Es ist daher ehrlös und beschämend vom gesamten Vorstand des Menschenrechtszentrum Cottbus e.V. seinen Namen mit keiner Silbe zu erwähnen.

Thomas Lukow, ehemaliger politischer Häftling Bautzen II

Bundesverdienstkreuz für Kamerad Dr. Bernd Müller-Kaller von der VOS-Sachsen

Am 13.07.2022 wurde durch den Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen, im Auftrag des Bundespräsidenten, unserem Kameraden, Dr. Bernd Müller-Kaller, in der Sächsischen Staatskanzlei das Bundesverdienstkreuz verliehen.

Unser Kamerad, Dr. Bernd Müller-Kaller, wurde am 22.03.1939 in Sachsen gebo-

ren und wohnt in Stolpen. Er hat Werkzeugmacher gelernt und sein Abitur an der Arbeiter und Bauernfakultät (ABF) in Jena abgeschlossen. Danach studierte er Philosophie in Dresden.

Wegen seiner kritischen Haltung zu den politischen und wirtschaftlichen Ereignissen der Partei- und Staatsführung der ehemaligen DDR wurde er von der Stasi (Staatssicherheitsdienst der DDR, MfS) bespitzelt und 1983 verhaftet. Man verurteilte ihn zu lebenslanger Haft vor einem Militärgericht nach § 97, 98, 108, 110 und 213 des Strafgesetzbuches der DDR, und er wurde zum Staatsfeind der DDR erklärt.

Inhaftiert wurde er zuerst im Stasiunterstützungsgefängnis Hohenschönhausen in Berlin und danach ins Spezialgefängnis nach Bautzen II eingeliefert. Bernd Müller-Kaller war vom 04.10.84 bis 08.12.89 in der Sonderhaftanstalt Bautzen II eingesperrt. Hier wurde er nicht wie ein Mensch behandelt, sondern als Feind der DDR in einer speziellen Isolierzelle als Hochverräter eingesperrt.

Nach seiner Freilassung 1989 wurde er 1990 Mitglied der „VOS-Vereinigung der Opfer des Stalinismus“. Er hat sich immer für die Interessen von Betroffenen eingesetzt. Von 2008-2012 war er Landesvorsitzender der VOS-Sachsen. Heute ist er Ehrenvorsitzender. Er setzte sich sehr für die Aufarbeitung des SED-Unrechts

in Sachsen ein und hilft maßgeblich den Opfern der SED-Diktatur zu ihrem Recht in den Rehabilitierungsgesetzen. Er war und ist in vielen Gremien, so u.a. im Stiftungsrat Sächsischer Gedenkstätten und viele Jahre im Rundfunkrat des MDR, engagiert.

Besonders hervorzuheben sind seine Zeitzeugengespräche mit Schülern in der Gedenkstätte Bautzner Straße. Er hat viele Bücher geschrieben, um über das Machtsystem des NKWD in den GULAGs zu berichten. Im Buch „Höllengäulen“ und im Buch „Gewalt“ beschreibt er die Lage in den sowjetischen Speziallagern und berichtet, wie es den Opfern unter totaler Isolierung ergangen ist. Für seine Verdienste würdigte der Freistaat Herrn Bernd Müller-Kaller 2013 mit der „Sächsischen Verfassungsmedaille“. Im Jahr 2020 promovierte Bernd Müller-Kaller als ältester Doktorand von Sachsen erfolgreich. Der Landesverband der VOS-Sachsen gratuliert auf diesem Wege nochmal unserem Kameraden Dr. Müller-Kaller und wünscht ihm weiterhin viel Schaffenskraft und Gesundheit. Zum Abschluss gab es noch einen Stehempfang, und man hatte die Gelegenheit, sich mit dem Ministerpräsidenten auszutauschen. Unser Buch aus der Staffel 8 „Ich musste das vom Herzen kriegen“ übergab ich dem Ministerpräsidenten.

Frank Nemetz, Landesvorsitzender der VOS-Sachsen



Von links nach rechts: Dr. Bernd Müller-Kaller, Michael Kretschmer, Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen, Frank Nemetz.

Dann sind wir Helden. Wie mit Popmusik über die Mauer hinweg deutsche Politik gemacht wurde

Bundeskanzlerin Merkel wünschte sich zu ihrer Amtsübergabe den Song „Du hast den Farbfilm vergessen“ von Nina Hagen, DER Hit aus dem Jahr 1974, dem Highlight ihrer DDR-Jugend, als sie 20 Jahre jung war.

Mit diesem Hinweis schließt auch das Buch „Dann sind wir Helden“ des Kultur-Journalisten Joachim Hentschel. Als Helden kommen sich Ossis und Wessis beim Mauerfall-Konzert in der Deutschlandhalle im November 1989 vor, die es endlich geschafft haben, die für unmöglich gehaltene Einheit zu feiern.

In der Zeit des Kalten Kriegs ist vieles auch in der Musikbranche in Bewegung. Hentschel beleuchtet sie östlich und westlich des „Eisernen Vorhangs“. All die versteckten Geschichten in Tagebüchern oder gar Stasi-Akten pinselt er zu einem Gesamtbild.

Bettina Wegner, Ost-Berliner Aktivistin und Sängerin, wird 1978 vom ZDF für eine Reportage „Szenen einer Hauptstadt“ interviewt. Sie blickt von ihrer Wohnung in der Leipziger Straße über die Mauer und singt zur Gitarre: „Sind so kleine Hände, winz'ge Finger dran, darf man nie drauf schlagen, die zerbrechen dann“. Das Lied erscheint auf einer Schallplatte in Westdeutschland, in der DDR ist das Album legal nicht erhältlich. Einen beträchtlichen Teil der DM-Devisen behalten die Behörden beim Geldtransfer allerdings ein und „führen sie guten, sozialistischen Zwecken zu.“

Quasi als „Versuchsballon“ darf im Herbst 1983 die Spider Murphy Gang, eine der erfolgreichsten Popbands der BRD, acht Konzerte in der DDR geben. Bei einem spontanen Zwischenstopp in Karl-Marx-Stadt klettert ihr Gitarrist Barny für ein Foto aufs 13 m hohe Marx-Podest. Natürlich sind die Ideologen sauer und die Stasi überwacht die Gruppe samt dem großen Medientross noch etwas strenger. Die Gang nimmt's locker und grüßt durch eine verwanzte Blumenvase auf dem Frühstückstisch „Hallo, Zentrale, könnt ihr uns hören?“

Der Betreuer „Stasi-Bernd“ muss auch später in Gera eingreifen, wo die Musiker vor einem großartigen Hochhaus, das mit Arbeiter- und Bauernmotiven samt Marx be-

mal ist, ein Erinnerungsfoto schießen. Das Gebäude ist aber das Stasi-Hauptquartier. Es folgt die Festnahme, „praktischerweise waren die Verhörzimmer nicht weit.“

1972 darf Katja Ebstein im Zeitalter der einsetzenden Entspannung als West-Gast im Friedrichstadt-Palast singen. 1981 ertönt „Ich steh immer wieder auf, wenn ich gegen Mauern lauf“. Später singt sie gegen den Kalten Krieg „Sag mir, wo die Blumen sind“.

Nicht alles läuft nur vorwärts, es gibt auch eiszeitliche Jahre, beispielsweise als Honecker, 1965 Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates, den Künstlern die Hauptschuld am moralischen Verfall und der Beschädigung kommunistischer Ideen anlastet. In dem Buch ist viel vom bayerischen Medienmanager Hans R. Beierlein die Rede, der „den sozialistischen Copyright-Jackpot“ findet. Er gilt als „Obergoldgräber des deutsch-deutschen Kulturhandels“, beginnend mit dem Leipziger Liedschreiber Horst Reipsch und seinem Song „Gitarren klingen leise durch die Nacht“.

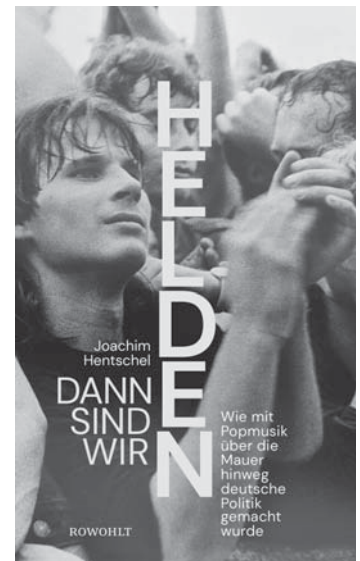
Peter Maffay, einer der erfolgreichsten Sänger und Musiker, wurde in seiner Jugend in Rumänien von Diktatur und Kommunismus geprägt, darf 1963 durch Zahlung eines von der Oma bezahlten vierstelligen „Lösegelds“ in den Westen ausreisen und landet 1970 mit der Ballade „Du“ auf Platz 1 der Hitparade. Seinen Freunden im Osten bleibt sein später von der DDR-Band Karat nachinterpretierter DDR-Hit „Über sieben Brücken muss du gehen“ verwehrt. Es geht höchstens das Mitschneiden einer westlichen Fernseh- oder Radiosendung, Schwarzmarkt oder Schmuggel.

Schallplatten von Joe Cocker, Jimi Hendrix, Santana, Tina Turner, Chris de Burgh und Nena können im Inter-shop gegen Westmark gekauft werden – und die Puhdys treten als erfolgreiche DDR-Rockband im Westen auf.

„Pessimistisch und anarchistisch“ urteilt die Stasi über Udo Lindenberg, nach vielem Hin und Her einschließlich einem Brief an Honecker darf sein Panikorchester im Palast der Republik spielen. Von der Bühne tönt es: „Weg mit allem Raketen-schrott! Keine Pershings und auch keine SS 20!“ – insgesamt 25 Gründe dafür, dass es erst mal keine Tour gibt. Auch auf Wolf Biermanns Schicksal der Ausbürgerung wird detailliert eingegangen.

Der Autor Joachim Hentschel zeigt anschaulich, ergreifend, unterhaltsam, mit Anekdoten gewürzt und immer mit einem Augenzwinkern die Anfänge der Ost-West-Musikszene bis zum Großen Zapfenstreich im Dezember 2021. Er honoriert dadurch viele bekannte und unbekanntere Künstlerinnen und Künstler in ihrem Wirken, die deutsche Spaltung zu überwinden.

Berthold Schäffner



Joachim Hentschel: *Dann sind wir Helden. Wie mit Popmusik über die Mauer hinweg deutsche Politik gemacht wurde*, Rowohlt Verlag 2022, 416 S., ISBN: 978-3-498-00279-4

Bücher kostenlos abzugeben

Bei der UOKG lagern etwa 50 Exemplare des Buches „Im Strom der Zeit – Band II – Vertriebener Mittelstand – verlorene Arbeitsplätze“.

Aus Platzgründen möchten wir die Buchexemplare kostenlos an interessierte Leser gern abgeben. Das Buch wird gegen Erstattung der Portokosten zugesendet. Es wäre sehr unschön, wenn wir die Bücher ins Altpapier geben müssten. Aktuell werden die Bücher als Einzelexemplar zu einem Preis von 16,69 € im Internet angeboten.

Siehe https://www.zvab.com/servlet/BookDetailsPL?bi=31142737237&searchurl=an%3Dschnehen%2Bmargarete%26sortby%3D20%26tn%3Dstrom%2Bzeit&cm_sp=snippet-_srp1_-_title4

Für Anfragen, wenden Sie sich bitte an Herrn Mittrup, UOKG-Verwaltungs- und -Projektmanager

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft UOKG e.V.

Ruschestraße 103, Haus 1, 6. Etage im Stasi-Museum

D-10365 Berlin, Tel. 030 43206743, Fax: 030 55779340

Alles, was wir nicht erinnern – Zu Fuß auf dem Fluchtweg meines Vaters

In diesem Buch ist die Rede von Menschen, die 1945 aus eigenem Antrieb von Ost nach West flüchteten – während zur gleichen Zeit wiederum unzählige Menschen von den eingerückten „Befreier“ unfreiwillig von West nach Ost deportiert wurden.



.....
Christiane Hoffmann: *ALLES, WAS WIR NICHT ERINNERN – Zu Fuß auf dem Fluchtweg meines Vaters*, Verlag C.H. Beck, 2022 ISBN 978-3406-78

Die Autorin ist im Winter 2020 allein und zu Fuß unterwegs, 550 km von Schlesien durch das Sudetenland (heute Tschechien) nach Bayern. Sie kann russisch und etwas polnisch, kann sich somit unterwegs in Kneipen, auf der Straße, in Läden mit Leuten unterhalten, die sich wundern, was eine Frau allein und zu Fuß z.B. in einem Kaff wie ausgerechnet Kondratowice (bis 1945 Kurtwitz) will. – Sie geht den Weg ab, den ihr Vater als Neunjähri-

ger mit Familie und Nachbarn im Winter 1945 getreckt ist auf der Flucht – sechs Wochen lang. Sie treckten mit Pferdewagen gepackt mit Hausrat und Oma, die Jüngeren gingen meist zu Fuß nebenher bei minus 20°C und hohem Schnee. Die

Trecks schafften max. 20 km pro Tag – immer mit der Angst im Nacken, von der Roten Armee überrollt zu werden.

Frau Hoffmann beschreibt ihre Eindrücke und Gespräche während der Wanderschaft. Sie trifft freundliche Menschen, die sie zum Übernachten und Essen einladen, Betrunkene lallen sie schon mal von der Dorfbank aus an. Ihr begegnen aber auch solche, die unverhohlen ihren Nationalismus zum Ausdruck bringen. Einige Gesprächspartner äußern sich kategorisch gegen „Europa“ und befürchten, wieder in eine Abhängigkeit zu geraten.

Meist ist sie aber allein und dialogisiert mit ihrem in 2018 verstorbenen Vater, der über den Verlust der Heimat nie sprechen mochte. Die beschwerliche Flucht und die schwierigen Jahre danach, als man im Westen Deutschlands Flüchtlinge diskreditierte und im Osten nicht mal wahrnehmen wollte, haben ihn traumatisiert. Christiane Hoffmann hat die Fluchtroute in Aufzeichnungen einer mitgeflüchteten Verwandten gefunden und läuft sie jetzt akribisch nach. – Bereits vor der „Friedlichen Revolution“ hat sie Vaters Heimat Rosenthal/Różyna in Niederschlesien besucht und sich mit den Menschen angefreundet, die im früheren Haus der Familie Hoffmann wohnen – selber Vertriebene aus dem Osten Polens. Hier in Różyna beginnt ihre Wanderung.

Sie versucht sich in ihren Vater hineinzu-denken und versteht ihn von Tag zu Tag immer besser. Derweil beschreibt sie fast minutiös ihre täglichen Erlebnisse und Gedanken. Sie kann nirgends verweilen, muss immer weiter wie der Treck damals, auch wenn es ihr mitunter schwer fällt, weil der Regen ins Gesicht peitscht, und immer kommt der Wind von vorn, die Füße schmerzen und die Muskeln auch. Spannend, wie sie vor sich hin sinniert und sich u.a. fragt, „wo bleibt eigentlich der Aufstand der Bäume, die so viel Elend gesehen haben und immer noch da stehen“?

Die Autorin hat auf ihrem langen Marsch Geschichte gesucht und Geschichten gefunden, die sie mit viel Mit- und Feingefühl für alle Beteiligten – eigentlich waren alle Verlierer – festhält. Ein sehr spannendes Buch in schnörkelloser Sprache. Man mag das Buch kaum aus der Hand legen – und schade, wenn die letzte Seite gelesen ist.

Im Buch befinden sich einige kleine Fotos sowie eine Karte der Trek-/Wanderoute und eine Familienaufstellung – woran man sich beim Lesen praktischerweise immer mal orientieren kann. Alles eben, an das Vater sich nicht erinnern wollte.

Sybille Krägel

Gescheiterte Flucht über die Ostsee – Roman über DDR-Zwangsadoptionen

Das ist die Geschichte dreier Frauen aus Rostock, deren Leben durch eine Zwangsadoption zu DDR-Zeiten untrennbar miteinander verbunden war, auch wenn sie es zu Beginn der Handlung noch nicht wussten.

Von der 1985 geborenen Autorin in die Romanhandlung eingeführt wird zunächst die 1961 in einem mecklenburgischen Pfarrhaus geborene Krankenschwester Eva Galinsky. Sie wurde zum Medizinstudium nicht zugelassen, weil ihr Vater dem SED-Staat kritisch gegenüberstand und zudem mit dem aus Ostpreußen stammenden Amtsbruder Oskar

Brüsewitz (1929-1976) in Thüringen befreundet war, der sich dann öffentlich, am 22.08.1976 auf dem Marktplatz von Zeitz (Sachsen-Anhalt), verbrennen sollte.

Mit ihrem Freund Martin, einem Studenten der Elektrotechnik an der Universität Rostock, unternahm Eva, inzwischen schwanger geworden, im Spätsommer 1984 – genauer, am 18. September – einen Fluchtversuch von Boltenhagen an der Küste Mecklenburgs über die Ostsee zu den dänischen Inseln. Ihr Ziel war dabei, die Route der Fähre von Lübeck-Travemünde nach Trelleborg/Schweden zu kreuzen, um an Bord genommen zu

werden. Stattdessen kam ein Motorboot der DDR-Küstenwache, das offensichtlich auch in internationalen Gewässern operierte. Während Eva bewusstlos aus dem Wasser gezogen wurde, hatte ihr Freund vermutlich versucht wegzutauchen. Dabei wurde er erschossen.

Hier regen sich beim Leser erste Zweifel an den DDR-Kenntnissen der Autorin, über die sie nicht verfügt, weil sie vier Jahre vor dem Mauerfall in Berlin am 09.11.1989 geboren ist. Also hat sie sich mit einem Stab von Beratern umgeben, die ihr aber nicht mitgeteilt haben, dass sich die Mitarbeiter der Staatssicherheit in den Untersuchungshaftanstalten der DDR-Bezirkshauptstädte niemals mit Namen, sondern nur mit dem Dienstgrad („Genosse Major“) anredeten oder mit Nummern („3/5“).

Merkwürdig ist auch das Verhalten Evas, die sich nicht, obwohl sie Schüsse gehört hat, vorstellen kann, dass ihr Freund nicht mehr lebt, obwohl er beim Prozess fehlt und auch mit keinem Wort erwähnt wird. Dreieinhalb Jahre lang hegt sie die Illusion, sie sähe ihn wieder, könnte ihn heiraten und eine glückliche Ehe mit ihm führen. Erst als sie 1988 entlassen wird und der gemeinsame Freund Friedemann ihr erzählt, Martins Urne läge anonym auf dem Friedhof, erwacht sie aus ihren Träumen. Unvorstellbar ist auch, dass Friedemann, mit dessen Auto sie zur Flucht nach Boltenhagen gefahren waren, nicht als „Fluchthelfer“ bestraft wurde. Aber auch an der Existenz von Martins Urne ist zu zweifeln: Die Rostocker „Volksmarine“ wird sich kaum die Mühe gemacht haben, den Leichnam aus dem Wasser zu fischen. Er wird tot an der Küste der dänischen Insel Mön angetrieben worden sein, wo es auf dem Inselfriedhof ein Dutzend Gräber für die angeschwemmten Leichen ertrunkener DDR-Flüchtlinge gab. Der 1951 im Frauenzuchthaus Hoheneck/Erzgebirge geborene und in Wismar aufgewachsene Schriftsteller Ulrich Schacht hat diese Gräber 1985 entdeckt und darüber geschrieben. Aber einige DDR-Flüchtlinge haben Dänemark auch erreicht und Bücher darüber veröffentlicht. Die Hallenser Biologiestudentin Carmen Rohrbach war mit ihrem Freund im Sommer 1974 kurz vor dem Ziel, nachdem sie 28 Stunden ununterbrochen geschwommen waren, sich dann auf eine Boje gezogen und eingeschlafen waren. Dann kam ein Boot der „Volksmarine“ und brachte sie zur Staatssicherheit. Sie wurden zu mehreren Jahren politischer Haft verurteilt.

Auch, was den Prozess am 20.12.1984 vor dem Rostocker Bezirksgericht angeht, stimmen manche Einzelheiten nicht. Unvorstellbar ist, dass sie keine Anklageschrift bekommen und dass ihr Pflichtverteidiger, der im Gerichtssaal stumm neben ihr saß, nicht vor dem Prozess mit ihr gesprochen hat. Denn die DDR-Rechtsvertreter waren vier Jahrzehnte lang eifrig bemüht, den demokratischen Schein zu wahren, dass ein Angeklagter vor einem ordentlichen Gericht stünde mit Staatsanwalt, Rechtsanwalt und Richter. Nach der Verurteilung wohnt sie mit sieben kriminellen Frauen in einer Sammelzelle und meidet jeden Kontakt zu ihnen. Wie will sie das drei Jahre durchgehalten haben? Das widerspricht jeder Lebenserfahrung!

Das Kind, das Eva während des Strafvollzugs in Rostock am 23. 03.1985 geboren hat, wurde ihr nach zwei Stunden weg-

genommen. Eine Mutter-Kind-Beziehung konnte hier kaum entwickelt werden. Dieses Kind Juliane Hoff, um das es hier geht, wird in den ersten drei Kapiteln dem Leser vorgestellt. Die „Jule“ genannte Frau ist jetzt 32 Jahre alt, arbeitet in Hamburg, wie die Autorin in Lübeck, als Werbetexterin in einer Agentur und schläft gelegentlich mit ihrem Chef. Ihre Pflegemutter Anke Hoff, 1952 geboren, liegt 2017, dem Jahr der Romanhandlung, im Sterben, später wird ihre Urne auf dem Ohlsdorfer Friedhof beigesetzt. Auf Drängen des Vermieters löst Jule rasch Ankes Wohnung auf und findet in einem Versteck die Rostocker Adoptionsurkunde vom 30.03.1985. Zunächst ist sie verwirrt und verstört, liegt tagelang betrunken in ihrer Hamburger Wohnung, bis sie sich, auf Anraten

ihrer Flensburger Freundin Isa, auf die Suche nach ihrer verschollenen Mutter Eva macht. Die findet sie schließlich als Besitzerin einer kleinen Gärtnerei in der Nähe Rostocks, aber die Annäherung ist schwierig, ein Mutter-Tochter-Verhältnis entsteht nicht, es bleibt nur eine vage Hoffnung!

Es gibt ähnliche Fälle von Zwangsadoptionen, die wesentlich schlimmer verlaufen sind. Wenn Kinder mit zwei, drei Jahren ihren Müttern entrissen wurden, kannten sie zwei Jahrzehnte danach ihre richtigen Mütter nicht mehr und fragten ratlos, was denn diese fremde Frau von ihnen wolle. Bei der 1967 in Gera/Thüringen gebore-

nen Katrin Behr war das anders. Sie wurde am 07.02.1972, als sie vier Jahre alt war, ihrer Mutter weggenommen, die für fünf Jahre ins Gefängnis kam. Weihnachten 1973 kam Katrin in eine staatsstreuere Familie, die Pflegemutter war Russischlehrerin und Parteisekretärin an ihrer Schule. Erst 1991 fand sie ihre leibliche Mutter in der Nähe von Greiz/Thüringen wieder. In ihrem Buch „Entrissen“ (2011) hat sie darüber berichtet.

Einige Textpassagen in diesem Roman sind vorzüglich geschrieben, etwa das Kapitel „Blaugrau“ über die versuchte Flucht oder das Kapitel „Die geraubten Kinder“ über den Besuch nach dem Mau-

erfall im Jugendamt Rostock oder die beiden Kapitel „Überraschung“ und „Häuser statt Menschen“ über das Auffinden ihres Pflegevaters Georg in der Nähe der Landeshauptstadt Schwerin. Er hatte sich 1990 von Anke scheiden lassen und war verschwunden, nun lebt er im Wohlstand und bezeichnet die Zwangsadoption von 1985 als „legal“.

Der Roman ist durchaus spannend erzählt, die drei Textstränge sind überzeugend miteinander verknüpft, vor allem aber wird ein Thema aufgegriffen, das in Vergessenheit geraten ist.

Jörg Bernhard Bilke

.....
 Lisa Quentin „Ein völlig anderes Leben“, Roman, Goldmann-Verlag, München 2022,
 320 Seiten, ISBN-10: 3442316359, ISBN-13: 978-3442316359

Das Nadelöhr der Freiheit: Unzensurierte Erinnerungen eines ostdeutschen Studentenpfarrers

Harro Lucht hat von 1950 bis 1957 in der DDR gelebt, dann noch einmal von 1963 bis 1989; dazwischen und danach war er Bundesdeutscher. Er hatte also früh schon beide Deutschlands kennengelernt. In der DDR gehörte er zu den Unangepassten, den Freigeistern, den Ermöglichere. Als Jugendlicher fand Harro Lucht, dessen Vater ähnlich wie Erich Loest viele Jahre lang als marxistischer Dissident inhaftiert war, eine Heimat in der Jungen Gemeinde und studierte evangelische Theologie. Er setzte sich mit dem Lebenswerk Mahatma Gandhis und Martin Luther Kings sowie mit dem Bekenntniswiderstand evangelischer Christen im Nationalsozialismus auseinander und lernte von ihnen, dass christlicher Glaube nur lebendig ist, wenn er gesellschaftspolitische Konsequenzen nicht scheut, dabei wissend, dass dieser Weg nicht unbedingt Ehre und Anerkennung, sondern oft Leiden und Ablehnung mit sich bringt. Für viele, die ihn dort in den 1980er Jahren erlebten, war sein unkonventionelles Wirken als Greifswalder Studentenpfarrer eine mutmachende, ja prägende Erfahrung. »Seine« ESG bot Raum für Gespräche mit allen, die sich für eine freiere Gesellschaftsordnung einsetzten: mit Christen und Marxisten, mit Oppositionellen, Schriftstellern, Philosophen und Theaterleuten. Natürlich wurde er deshalb von der Staatssicherheit überwacht. Vor seiner Greifswalder Zeit war Harro Lucht Pfarrer in Cottbus, später in einer Gemeinde in Prenzlauer Berg. In seinen Erinnerungen berichtet er vom Schwanken zwischen Angst und Mut, von Zurückhaltung und Wagnis.

Harro Lucht: Lukas Verlag für Kunst- und Geistesgeschichte (01. August 2022), Taschenbuch: 200 Seiten, ISBN-10: 3867324042, ISBN-13: 978-3867324045

Ihr wart doch meine Feinde

Ein großes Gesellschaftspanorama als Kammerstück.

Die Autorin Roswitha Quadflieg gelingt ein fulminantes Kammerstück, wenn sie bei Gabrieles Beerdigung all die Leute zusammenkommen lässt, die von Gabrieles Vorgeschichte wussten, und jene, die bei der völlig anders verlaufenden Beerdigungsfeier aus allen Wolken fallen.

Zu Gabrieles Beerdigung kommen den auch neben den erwarteten auch unerwartete Gäste. Alle Gäste haben ihren eigenen Film im Kopf über die gemeinsame wie gegensätzliche Vergangenheit. Sie erkennen schnell, die Vergangenheit ist nicht tot. Sie lebt. Beides trifft aufeinander beim Leichenschmaus. Das schmerzt einige, gibt alte und neue Wahrheiten preis. Wie fühlte und fühlt sich das alte Leben, wie das neue, aktuelle Leben? Wie war das Leben vor der politischen „Wende“ in der ehemaligen DDR, wie dann im Prozess der gesellschaftlichen

Veränderungen in der Zeit der Friedlichen Revolution? Und dann später, als alles auf „West“ gebürstet wurde? Welche Erkenntnisse ziehen wir Menschen ganz persönlich aus den eigenen und aus den Fremderfahrungen?

Der Roman „Ihr wart doch meine Feinde!“ ist eine pointierte ostdeutsche Geschichte über einen im Chaos endenden Leichenschmaus, wie der Rezensent Ralf Julke in der Leipziger Zeitung schreibt. Die Schatten einer Diktatur ploppen in den Bildern der Protagonisten auf. Die Bilder zerplatzen wie Luftballons.

Dr. Burkhard Veigel, der auch das Internetportal fluchthilfe.de betreibt und Partner der Autorin ist, empfiehlt das Buch. Der Roman hat, so darf man also der Autorin glauben, einen realen Hintergrund. Veigels aktuelles Motto, welches er sarkastisch



Roswitha Quadflieg: *Ihr wart doch meine Feinde*, 160 Seiten, Faber & Faber (Verlag) 2022, 978-3-86730-224-1 (ISBN)

verstanden wissen möchte, lautet: „Die Gedankenfreiheit haben wir. Jetzt brauchen wir nur noch die Gedanken.“

Leander Haußmanns „Stasikomödie“

Manche Kritiker schlagen vor, das Geld für den Kinobesuch einfach zu sparen. Man kann auch den umgekehrten Ratschlag geben: Noch einmal reingehen, dann ist man für immer von Haußmann geheilt. Nach Hörensagen ist der Film 2020 vor einem Testpublikum durchgefallen. Dann schrieben alle möglichen Instanzen an dem Film herum. Nach Sachlage der Dinge kann es nur die Filmförderung gewesen sein. Dort sitzen in der Regel gescheiterte Filmemacher, denen ein gesichertes Auskommen „einfach mal wichtig“ ist. Frage für die Filmhistoriker: Wer saß im Testpublikum? Und wer hat was hinein-

geschrieben? Ich vermute, davon wird Haußmanns nächster Film handeln.

Dabei schimmert auch in der gegenwärtigen Fassung noch die bewährte Haußmann-Story durch: Der menschelnde Mensch in seinen grundgütigen Eigenschaften setzt sich schließlich gegen die Bösen durch. Nicht real genug?

Überhaupt nicht real. Die Story bedient aber eine alte Sehnsucht des Menschen von Christentum über Donna Leon bis Kommunismus. Was macht man mit einer solchen Sehnsucht? Man verpackt sie in

eine liebenswerte Klamotte. Auch wenn die „Sonnenallee“ viel Kritik einstecken musste: Da stecken solche Momente drin. Viel deutlicher wird das in dem kleinen, aber kaum zur Kenntnis genommenen Meisterwerk Haußmanns „Hotel Lux“ mit Bully Herbig in der Hauptrolle, in dem Walter Ulbricht (völlig glaubhaft!) die Mauer schon mal aus Würfelzucker baut. Da hat allerdings Uwe Timm die entscheidende Idee gehabt.

Die „Stasikomödie“ – lassen wir den banalen und schiefen Inhalt mal völlig beiseite – kommt als Burleske (wohl zu unterscheiden!) daher, also als ein Stück derber Improvisationskunst. Eigentlich passend zu absolutistischen bis autokratischen Herrschaftssystemen. Bloß: Haußmann kann die Burleske nicht. Da reicht es nicht aus, mal eben als Nebendarsteller bei „Sachsens Glanz und Preußens Gloria“ dabei gewesen zu sein. Das Zitat kennt auch keiner mehr. Auch Slapstick kann Haußmann nicht. Das ist keine Schande. Man soll sein Nichtkönnen dann aber auch nicht zelebrieren.

Der Gag, dass sich jemand nach dem ersten auch zum zweiten Mal an die Birne stößt, ist ein tausendmal aufgeführter Klassiker. Das erfordert hohe Kunst der

Gegen die Angst seid nicht stille. Das geheime Tonband von Pannach, Kunert und Fuchs

Herbst 1976, Leipzig. Die Liedermacher Gerulf Pannach und Christian Kunert und der Schriftsteller Jürgen Fuchs nehmen ein geheimes Tonband mit ihren Liedern und Texten auf. Zwei Musiker der im Jahr zuvor verbotenen Band „Renft“ helfen dabei. Trotz Stasi-Überwachung gelingt es, das Tape in den Westen zu bringen. Die drei jungen Künstler werden wenige Wochen nach der Aufnahme verhaftet. Nach neun Monaten Untersuchungshaft werden sie, dank internationaler Proteste, nach West-Berlin ausgebürgert. Doris Liebermann schildert kenntnisreich die beklemmende Geschichte von Behinderung, Einschüchterung und Verfolgung der drei Künstler in der DDR, die ebenso einzigartig wie typisch für diese Zeit ist.

Doris Liebermann: Mitteldeutscher Verlag; 1. Edition (1. September 2022), Taschenbuch: 288 Seiten, ISBN-10: 3963116897, ISBN-13: 978-3963116896

Regie. Leander, da bist Du durchgefallen. Traurig wird es bei dem Versuch, die alternative Szene im Prenzlauer Berg greifbar zu machen. Der Spirit zwischen Morbidität und schmerzhafter Unkenntnis eigenen, unverschuldeten Unvermögens, aus dem letztlich ja auch wirklich nichts Dauerhaftes für die Kunstgeschichte entstand, ist nicht mal im Ansatz eingefangen. Da gab es ein paar liebenswerte Sentenzen in der „Sonnenallee“. Ist schon tragisch, wenn jemand an seine eigenen Pointen nicht mehr heranreicht.

Die Story folgt dem neuen DDR-Sprech (heute sagt man „Narrativ“). Klar, sonst gibt's kein Geld. In summa: Die Guten sind nicht wirklich gut, die Bösen im Gegenzug aber auch nicht böse. Das Gegenteil gilt für das Umgekehrte in allen Variationen. Die „Dichotomie“ von Tätern und Opfern entpuppt sich dann als historiografische Abstraktion unbelehrbarer Antikommunisten. „Man muss die DDR

neu erzählen.“ Dass (hier sollten nur Eingeweihte weiterlesen) wir eine übereifrige Verharmlosung der DDR schon mal im Gefolge der Brandt'schen Ostpolitik der 1970er Jahre hatten, können die Propagandisten natürlich nicht wissen. Die lesen nicht, die predigen nur. Ich empfehle ihnen diverse Broschüren der Friedrich-Ebert-Stiftung. Es ging damals und geht heute darum, die DDR so zu erzählen, dass sie (wie Hitlers Autobahnen, die er nicht erfunden hat) in ihren besten Teilen wieder auferstehen darf. Hilfe, ich stelle einen Ausreiseantrag.

Und vorher gehe ich nicht noch einmal in einen Haußmann-Film. Aber Sie, ja Sie! Gehen Sie rein. Es wird langweilig. Leute, die nach dem Netflix-Rezept sozialisiert sind, werden sicher bis zum Ende sitzen bleiben. Ach ja: Der Inhalt des Films? Nichts. Das reine Nichts.

Christian Sachse

Der BSV gratuliert seinen Mitgliedern, die im September und Oktober Geburtstag haben

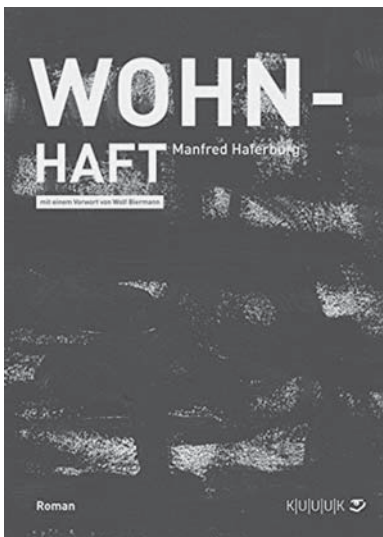
Dr. Wolf Eler am 18. September, Eckhard Bufe am 23. September, Joachim Simon am 28. September, Günter Radtke am 01. Oktober, Karl Wruck am 02. Oktober, Manfred Spuhn am 05. Oktober, Günter Antrack am 14. Oktober, Walter Böttcher am 16. Oktober, Gudrun Schramm am 19. Oktober, Gerhard Halko am 20. Oktober, Erwin Nigrin am 21. Oktober, Dieter Zander am 25. Oktober, Peter Seele am 27. Oktober.

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Wohn-Haft

Wohn-Haft ist ein Roman, der auf einer wahren Geschichte basiert. Der Leser taucht in den Alltag der DDR-Jahre ein.




.....
 Manfred Haferburg: *Wohn-Haft* – Roman, Verlag KUUUK Königswinter, Paperback, Auflage 2018, 440 Seiten, ISBN-10: 3962900128, ISBN-13: 978-3962900120, 2. Auflage

.....
 Er begegnet Menschen, die in dieses Land hineingeboren wurden und die sich hinter der Mauer einrichten müssen. Manche sind stark, wie die junge Lehrerin Sigi, deren Schicksal wie zufällig mit dem System kollidiert. Liebe trifft auf Dummheit und Hass. Manche sind zu schwach, den Verlockungen der Men-

schenfänger zu widerstehen. Wir lernen den blonden Wikinger Paul kennen, den das System zum Verräter an sich selbst und seinen Freunden macht. Manni, die Hauptfigur, begehrt auf. Aus dem Mitläufer wächst ein Mann, der versucht zu widerstehen. Wer sich nicht beugt, muss zerbrochen werden. Er wird verraten, zersetzt, gefangen und eingekerkert. Wir leiden mit im aussichtslosen Kampf des Einzelnen gegen das übermächtige System.

Die Geschichte bietet aber auch Einblicke ins Innenleben eines schier allmächtigen Apparates. Fasziniert folgen wir den Bonzen und Schergen bis in den Kopf hinein. Spitzel sind auf Spitzel angesetzt. Abgestoßen lesen wir von der Intelligenz des Bösen, von dessen Gemeinheit und Schläue. Eine Lehrstunde über totalitäre „Systeme“, wie sie als Gesamtheit funktionieren, samt genauer Beschreibungen einzelner Rädchen.

Der Autor erzählt packend von menschlichen Stärken und Schwächen in einem menschenverachtenden System, dass man fast atemlos weiterliest. Dieser Roman ist so gesättigt mit realem Leben, dass man den Takt der untergegangenen Welt beim Lesen nachspüren und nachempfinden kann. Wir werden erfahren, was wir eigentlich schon immer ahnten – am Ende sind Menschlichkeit und Liebe stärker als jede Diktatur. 

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
 Fax (030) 55 77 93 40
 Internet: <https://www.uokg.de/kontakt/beratungsstellen/>

Martina Kegel, Juristin
 Di, Mi, Fr, 10–12 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 53
 E-Mail: kegel@uokg.de

Cornelia Kurtz
 (Thema DDR-Zwangsadoption)
 Mo, Do, Fr, 10–14 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 54
 E-Mail: kurz@uokg.de

Magdalena Kuhn, Dipl.-Psych.
 Mo, Mi, Fr 10–12 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 52
 E-Mail: kuhn@uokg.de

Tanja Germer, Dipl.-Päd.
 Mo, Fr 10–12 Uhr
 Tel. (030) 57 79 87 39
 E-Mail: germer@uokg.de

Beratungstermine nur nach telefonischer
 Absprache.

Das Projekt wird gefördert vom Beauftragten zur
 Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin.

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
 Tel. (030) 55 15 28 58
 E-Mail: bsv-beratung@gmx.de

Telefonische Sprechzeiten
 Elke Weise, Juristin
 Di, Do, 11–17 Uhr, Fr. nach Vereinbarung

Für persönliche Beratungen wird telefonische
 Anmeldung empfohlen.

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet oder ihn abonniert haben

Ute Rast, Erik Hofmann, Gerold von Busse, Wolfgang Zimmermann, Andreas und Margret Weiss, Sabrina Kollhof, Walter Thies, Uwe Behne, Klaus und Christine Fischer, Hans-Joachim und Dr. Cornelia Springer, Kristin Seidel, Konrad Hill, Rüdiger Bernhardt, Reinhard Linde, Jens-Jürgen Müller, Ulrich Striss, Ulrich Egerer, Antje Nattke

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein
Konto-Nr. 665 52 45 01
BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG
IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01
BIC: DEUT DED B110

Verwendungszweck:
„Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

„Wer die Freiheit nicht im Blut hat, wer nicht fühlt, was das ist: Freiheit – der wird sie nie erringen.“

Quelle: Tucholsky, Briefe. An Arnold Zweig, 15. Dezember 1935. Am 21.

Dezember: Kurt Tucholsky stirbt in Hindas (Schweden) an den Folgen einer Übermedikamentierung mit einem Schlafmittel. Zur historischen

Einordnung des Zitats: Anatol Regnier: Jeder schreibt für sich allein: Schriftsteller im Nationalsozialismus, Beck 2020.

BSV-Förderverein für Beratungen
(ehemals Bund der Stalinistisch Verfolgten)
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin

Vorsitzender: Ekkehard Schultz
Sprechzeiten s. S. 23
Telefon (030) 55 15 28 58
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein für Beratungen
IBAN: DE85 1007 0848 0665 5245 00
BIC: DEUT DED B110

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40
Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 23
Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: Info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24
IBAN: DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC: DEUTDE33HAN

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Dr. Henning Pietzsch, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin,
Tel. (030) 26 55 71 20 (die telefonische Erreichbarkeit der Redaktion ist eingeschränkt)
Neue E-Mail: der-stacheldraht@uokg.de

Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG,
IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110



Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttingerzeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24,
E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,- Euro

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluss Ausgabe 7/22: 02. September 2022

Redaktionsschluss Ausgabe 8/22: 07. Oktober 2022

Der Stacheldraht: ISSN 2748-4041 (Print), 2751-0182 (Online)